

## Verhandlungsschrift

über die am **Donnerstag, dem 03. Juli 2008,**  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **41. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.02 Uhr.

Ende der Sitzung: 17.27 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 40. Sitzung des Gemeinderates vom 19.05.2008 liegt zur Einsichtnahme auf.

## **A n w e s e n d e**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Peter Koits

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer
2. Vizebürgermeister Manfred Hochhauser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Dr. Friedrich Ganzert

Gemeinderäte:

Hannelore Aigner

Werner Forstinger

Mag. Bernhard Humer

Brigitte Lindlbauer

Petra Müllner

Karl Schönberger

Gertrude Aitzetmüller

KommR. Günther Gausch

Claudia Hüttmayr-Punkenhofer

Mag. Petra Lipp

Johann Reindl-Schwaighofer

August Tesarsch

Raimund Buttinger

Klaus Hoflehner

Rupert Leitner

Helga Maitner

Mag. Klaus Schippani

Barbara Wildfellner

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

3. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Ploier-Niederschick

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Roland Strassl

Gemeinderäte:

Mag. Karl-Georg Holter

Herbert Pernkopf

Markus Wiesinger

Dir. Mag. Josef Hora

Brigitte Wartinger

Ing. Martina Kreisel

Andreas Weidinger

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Dr. Bernhard Wieser

Gemeinderäte:

Willibald Baumgartner

Dr. Andreas Rabl

Gerhard Kroiß

Ing. Wolfgang Matzinger

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Gemeinderäte:

Herbert Anreitter

Theresia Landauer

### **Vom Magistrat:**

MDStv. SenR. Dr. Bernd Spitzer  
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schriftführer:**

W.OAR. Johann Höpfl  
Helga Rosenberger

### **Entschuldigt:**

StR. Silvia Huber (SPÖ)

GR. Mag. Michael Springer (GRÜNE)

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 26.06.2008 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Mitteilungen des Bürgermeisters

- a) Statistisches Jahrbuch 2007 der Stadt Wels:

Bgm. Dr. Koits: Es liegt ihnen heute das „Statistische Jahrbuch 2007 der Stadt Wels“ auf, in dem wieder sehr wichtige Zahlen, Daten und Fakten enthalten sind, so wie das auch in der Vergangenheit der Fall war. Es ist dieses dazu geeignet, sich ein Bild über das Gesamtgeschehen in unserer Stadt zu machen. Ich hoffe, sie haben über den Sommer hin Zeit und Muße, sich dieses Jahrbuchs zu bedienen bzw. darin zu blättern.

- b) Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Schaffung einer Strukturförderung für die Gebiete Noitzmühle und Straubinger Straße:

Bgm. Dr. Koits: Mir wurde ein paar Minuten vor der Sitzung ein Dringlichkeitsantrag der FPÖ ohne Datum übergeben. Ich stelle fest, dass dieser Dringlichkeitsantrag verspätet eingelangt ist, nämlich für die heutige Sitzung und dieser deshalb erst für die nächste Sitzung des Gemeinderates in Vorbereitung genommen werden kann.

## Aktuelle Stunde

Bgm. Dr. Koits: Von den Freiheitlichen wurde für die heutige „Aktuelle Stunde“ ein Thema eingebracht, nämlich die „Sicherheit in Wels“. Ich bitte um eine Wortmeldung der Freiheitlichen.

## Sicherheit in Wels:

GR. Kroiß: In der Presseinformation des Magistrates vom 4. Juni 2008 wird uns mitgeteilt, dass der Herr Bürgermeister den Auftrag an den Magistrat der Stadt Wels erteilte, ein umfassendes Sicherheitskonzept zu erstellen. Bei solch einem Sicherheitskonzept geht es ja sehr unmittelbar um die Welser Bevölkerung und deren Sicherheit, weshalb wir dazu einige Fragen hätten, Herr Bürgermeister.

Sie schreiben, Herr Bürgermeister, dass dieses Konzept für Herbst dieses Jahres erwartet wird und dass dann mit den Fraktionen hierüber diskutiert werden soll. Aber, Herr Bürgermeister, warum wurde nicht schon vor dieser Auftragsvergabe mit den Fraktionen hierüber gesprochen oder warum wurde nicht zuvor im Sicherheitsbeirat diskutiert?

Sie schreiben über den Pressedienst weiters, dass auch verkehrsrelevante Themen in diesem Sicherheitskonzept behandelt werden. Unserer Meinung nach haben jedoch Verkehrsthemen in diesem Sicherheitskonzept nichts verloren, das heißt, der Verkehrsbereich stellt ein eigenes Thema dar und wenn schon, dann behandelt man diesen in einem eigenen Konzept. Es weiß doch jeder, was hier unter Sicherheit für Wels gemeint ist und bringt man den Verkehr zusätzlich hinein, dann hat man das Thema irgendwo verfehlt, was sich aber die Welser Bevölkerung nicht verdient hat. Die Bevölkerung will vielmehr Klarheit darüber haben, wie es mit dem Thema Sicherheit auf politischer Seite in Wels weitergeht und in diesem Zusammenhang will die Bevölkerung bestimmt nicht haben, dass auch irgendwelche verkehrsrechtlichen Belange abgehandelt werden. Man will im Gegensatz dazu einmal Klarheit darüber haben, warum die SPÖ so vehement gegen eine Video-Überwachung eintritt und warum die SPÖ so vehement gegen eine Unterstützung der Polizei durch Organe der Stadt ist.

Und daran, Herr Bürgermeister, knüpft sich schon die nächste Frage, nämlich jene, wie die Welser Bevölkerung in die Erarbeitung dieses Sicherheitskonzeptes einbezogen werden soll. Werden da Umfragen gemacht oder wie sonst können sich die Welser dazu artikulieren?

Uns hätte auch interessiert, welche Vorgaben es hinsichtlich dieses Sicherheitskonzeptes gab und welche Abteilung des Magistrates dafür eigentlich zuständig ist. Sie schreiben in dieser Presseaussendung, dass externe Sicherheitsfachleute für die Erstellung dieses Konzeptes eingeladen werden. Unsere Frage dazu wäre jene, ob hier einfach irgendwelche Fachleute zur Mitarbeit eingeladen wurden und es sozusagen egal ist, wenn sie nicht kommen oder ob diesbezüglich dezidiert Aufträge vergeben wurden. Und handelt es sich dabei um unabhängige Fachleute oder müssen diese ein Naheverhältnis zur SPÖ haben, um zur Mitwirkung eingeladen zu werden?

Herr Bürgermeister! Bei einem so wichtigen und sensiblen Thema hätten wir uns schon erwartet, dass noch vor einer Auftragsvergabe mit den anderen Fraktionen diskutiert wird, denn das Sicherheitsthema ist so wie das Integrationsthema ein ganz, ganz wichtiges für uns.

GR. Weidinger: Ich gebe dem Kollegen Kroiß über weite Strecken Recht. Das Sicherheitskonzept, das hier erstellt werden soll, kann eigentlich nur die Polizei erstellen, denn wer weiß über die Kriminalität in Wels besser Bescheid als die Polizei? Es hat also nach meiner Meinung und nach jener der ÖVP keinen Sinn, solch ein Konzept durch jemand Externen erstellen zu lassen.

Weitere Fragen hiezu wären: Was kostet es? Wer ist für die Vergabe zuständig und, und, und?

Das Thema Sicherheit ist wirklich ein sehr sensibles und man muss sehr aufpassen, was man in diesem Zusammenhang von sich gibt. Diesbezüglich bleibt aber auch die FPÖ einiges schuldig, denn die Aussagen, die dazu von der FPÖ, der FPW oder von

den Blauen bzw. Orangen kommen, schreien teilweise zum Himmel. Ich habe mir die FPÖ-Homepage angeschaut und was hier teilweise zu diesem Thema steht, ist manchmal sogar eine Frechheit.

Wenn du als Kollege von einer Aktion sprichst, die dazu führen soll, dass wir mehr Sicherheit bekommen oder mehr Polizisten auf die Straße bringen, dann muss ich dich insofern enttäuschen, als das schon passiert ist. Man muss diesbezüglich nur mit den zuständigen Stellen sprechen und darf nicht einfach das Ganze nur über die Medien spielen.

Dann habt ihr eine Initiative gestartet, die meiner Meinung nach sehr polemisch ist. Wenn ihr nämlich am Markt steht und Werbung für die Leistung einer Unterschrift zum Thema Sicherheit macht, kann ich nur sagen: Na, wer soll denn nicht für mehr Sicherheit unterschrieben? Das wäre so ähnlich, als würden wir einem Arbeiter seine Unterschrift dafür herauslocken, dass künftig ein Arbeiter einen monatlichen Fix- bzw. Mindestlohn von 3.000 Euro erhalten sollte. Dafür, könnte ich mir vorstellen, würde wohl jeder unterschreiben. Es ist somit sehr polemisch, was hier von eurer Seite unternommen wird.

Die Frage der Video-Überwachung geistert auch immer wieder herum. Diese kann nicht einfach in der Weise gelöst werden, dass wir da herinnen sitzen und sagen, dass wir eine Video-Überwachung haben wollen. Kollege Kroiß, du weißt doch selbst nur zu gut, dass solch eine Überwachung nur eine Stelle anordnen kann, nämlich die Sicherheitsbehörde, nicht aber irgendeine politische Partei. Es kann somit ein diesbezüglicher Antrag nur an die Sicherheitsbehörde gestellt werden. Nur in Zusammenarbeit mit der Datenschutzkommission, mit dem Rechtsschutzbeauftragten des Innenministers und anderen sind die sogenannten City-Hotspots zu eruieren, von denen es aber derzeit keine in Wels gibt.

Der Kollege Rabl schreibt, dass die Kriminalität in Wels ständig anwächst, er schreibt von Vandalenakten und von Überfällen sogar am helllichten Tag, die immer brutaler werden. Bitte, liebe Vertreter der FPÖ, unterlasst das. Es ist nicht gut, was ihr da in Zusammenhang mit der Sicherheit unternimmt.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Seid ihr beiden bei einer unterschiedlichen Polizei?

GR. Weidinger: Wer ist jetzt eigentlich am Wort, der Herr Vizebürgermeister oder ich?

Bgm. Dr. Koits: Sie sind noch immer am Wort!

GR. Weidinger: Ich danke und möchte nochmals den Aufruf an die Freiheitlichen starten, in diesen Dingen verbal etwas zurückzustecken.

Und die Frage an den Herrn Bürgermeister ist folgende. Der Sicherheitsbeirat wurde im letzten Jahr einmal einberufen und dieses Jahr noch gar nicht, es wäre dieser Beirat aber ein gutes Instrument dafür, zu diesem Thema etwas voranzutreiben. So wäre es halt wichtig, den Sicherheitsbeirat wieder einmal einzuberufen, aber insgesamt kann eigentlich alles, was wir auf politischer Ebene besprechen wollen, nur unter Einbindung der Polizei passieren. Hier eigene Wege zu gehen, das ist sehr gefährlich.

GR. Dr. Rabl: Der Kollege schafft es immer wieder, mich zu überraschen. Das würde man ihm eigentlich gar nicht zutrauen.

Ich muss einmal sagen, dass zum Thema Sicherheit die FPÖ bzw. die Freiheitlichen deshalb aktiv geworden sind, weil die ÖVP und die SPÖ in diesem Bereich nichts tun. Und nachdem wir im Gemeinderat nicht über die notwendige Stimmenmehrheit verfügen, bleibt uns nur die Bürgerbeteiligung als politisches Mittel übrig. Dass die ÖVP dieses Mittel nicht aufgreift, weil sie halt leider ein bisschen passiver agiert, mag zwar stimmen, es ändert dies aber nichts daran, dass unsere Aktion richtig und gut ist. Es ist nämlich das subjektive Sicherheitsgefühl in der Stadt nach wie vor schlecht. Die Leute fühlen sich unsicher und natürlich gibt es in der Innenstadt Vandalenakte und natürlich gibt es auch am helllichten Tag eine massive Kriminalität. Dass gerade sie, Herr Kollege Weidinger, die Augen davor verschließen, wundert mich doch ein bisschen; sie müssten sich dazu nur die Statistiken ansehen. Es ist nun einmal der politische Stil der ÖVP, dass man etwas schönredet, wenn es einem nicht passt. Ja, ich nehme es zur Kenntnis, betone aber, dass das an den Tatsachen vorbeigeht. Und wir werden in Wels sehen, was tatsächlich bei den Wahlen herauskommt bzw. welcher Linie die Wähler tatsächlich folgen werden. Mit dem Schönreden allein ist es jedenfalls nicht abgetan. Wir haben uns dazu entschlossen, politisch aktiv zu werden und eine Aktion der Bürgermitbeteiligung zu starten. Wir wollen dem Bürger nahe bringen, dass wir die einzige Partei sind, die auf diesem Sektor etwas tut oder tun will bzw. wurden ja alle Anträge, die wir im Gemeinderat zum Thema Sicherheit einbrachten, von der SPÖ und großteils auch von der ÖVP abgelehnt. Offensichtlich ist noch nichts passiert, was in Richtung Verbesserung der Sicherheitssituation in Wels ginge. Das ist der einzige Schluss, den ich daraus ziehen kann.

Bgm. Dr. Koits: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor und wir gehen somit auf die eigentliche Tagesordnung ein. Abgesehen davon gibt es laut unserer Geschäftsordnung pro Partei den sogenannten Berichterstatter und dann ist noch je eine Wortmeldung seitens der anderen Fraktionen möglich; von der FPÖ wurde das reichlich genützt. Ich erlaube mir deshalb den Hinweis, dass ich mich künftig wieder etwas strenger an die Geschäftsordnung halten werde. Ich sage das, damit die Damen und Herren des Gemeinderates Bescheid wissen und es somit für niemanden eine Überraschung gibt.

Zum Thema selbst ist zu sagen, dass die notwendigen Dinge mit den Fraktionen, der Bevölkerung und natürlich mit der Polizei zum gegebenen Zeitpunkt abgehandelt werden.

Damit ist also die heutige „Aktuelle Stunde“ beendet.

Berichterstatter Vizebürgermeister Manfred Hochhauser

1.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 80) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 56)  
BZ-BauR-3502-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 19.06.2008, der Gemeinderat möge die als Anlage 1 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (80. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (56. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

2.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 82) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 58)  
BZ-BauR-3504-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 19.06.2008, der Gemeinderat möge die als Anlage 2 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (82. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (58. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

3.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 84) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 60)  
BZ-BauR-3508-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 19.06.2008, der Gemeinderat möge die als Anlage 3 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (84. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (60. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 85) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 61)  
BZ-BauR-3510-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 19.06.2008, der Gemeinderat möge die als Anlage 4 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (85. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (61. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

5.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 103/1.27 (Stadtteil: Innenstadt)  
BZ-BauR-3723-2007

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 19.06.2008, der Gemeinderat möge die als Anlage 5 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 103/1.27 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

6.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 103/1.28 (Stadtteil: Innenstadt)  
BZ-BauR-3713-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 19.06.2008, der Gemeinderat möge die als Anlage 6 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 103/1.28 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

7.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 622/1.12 (Stadtteil: Pernau)  
BZ-BauR-3726-2007

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 19.06.2008, der Gemeinderat möge die als Anlage 7 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 622/1.12 (Stadtteil: Pernau) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Friedrich Ganzert

8.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Kindergarten- und Horttarifordnung 2007 abgeändert wird  
(1. Novelle der Kindergarten- und Horttarifordnung 2007)  
KI-KiV-207-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Kultur-, Schul- und Kindergartenausschuss am 24.06.2008, der Gemeinderat möge die als Anlage 8 beigefügte 1. Novelle zur Kindergarten- und Horttarifordnung 2007 beschließen.

GR. Pernkopf: Wir beschäftigen uns im heutigen Gemeinderat erneut mit den Kindergarten- und Horttarifen, genauer gesagt mit der 1. Novelle der Tarifordnung 2007. Ich darf an dieser Stelle kurz an die Diskussion vom 24. September 2007 zu diesem Thema hier im Gemeinderat erinnern.

Wir als ÖVP haben damals klar und deutlich auf die Rechtswidrigkeit der vorgelegten Tarifordnung hingewiesen. Wie könnte es aber anders sein: Wir wurden damals überstimmt. Diese mit SPÖ-Mehrheit beschlossene Tarifordnung wurde nun vom Land behoben. Somit ist nunmehr die Sache ganz eindeutig. Die Welser ÖVP hat Recht behalten. Wir lagen mit unserer Meinung bzw. Einschätzung goldrichtig.

Es bestand deshalb nun ein neuerlicher Handlungsbedarf seitens des Referenten, um das Flickwerk zu reparieren. Betrachtet man aber die Sache etwas genauer, muss man feststellen, dass die jetzt zur Abstimmung dem Gemeinderat vorgelegte 1. Novelle der Kindergarten- und Tarifordnung unserer Meinung nach wiederum unausgewogen ist und vor allem jene trifft, die den Betreuungsrahmen, die sogenannten Randzeiten ausschöpfen müssen. Das heißt also, dass Alleinerzieherinnen, Familien mit geringem Einkommen, wo dann beide Elternteile arbeiten gehen müssen, um doch auf ein anständiges Einkommen zu gelangen, betroffen sind.

Sie, Herr Referent Dr. Ganzert, sind dafür verantwortlich, wenn nun diese vorgeschlagene Erhöhung gegenüber dem Basistarif bei Halbtagsbetreuung von 115 auf 120 Prozent und bei Ganztagsbetreuung von 133 auf 140 Prozent kommt. Durch diese doch irgendwo unsoziale Maßnahme kommt es zu Mehreinnahmen in Höhe von 24.500 Euro. Und berücksichtigt man auch noch die Anhebung der Verpflegskostenbeiträge, womit sich Mehreinnahmen von ca. 6.600 Euro ergeben werden, kann man durchaus von einer Belastungsverstärkung für Familien mit Kindern durch diese Novelle sprechen. Das deckt sich mit unserem Verständnis von sozialer Politik nicht.

Morgen haben wir Schulschluss. Nach dem Schulnotensystem würde die Vorgangsweise bei dieser Novelle zur Tarifordnung eine Fünfer-Benotung verdienen. Wir von der ÖVP Wels werden daher wie schon im Ausschuss diesem Antrag keine Zustimmung geben. Wir werden gang klar und deutlich dagegen stimmen.

GR. Dr. Rabl: Zur Kindergarten- und Horttarifordnung möchte ich zu allererst festgestellt haben, dass wir schon im letzten Jahr gegen die Vorlage stimmten. Wie man jetzt sieht,

geschah dies aus gutem Grund. Ein Teil davon war nämlich rechtswidrig und so musste das offenbar für die nächste Saison korrigiert werden. Nur ist halt aus meiner Sicht auch diesmal das Vorgehen nicht bürgerfreundlich und es trägt maximal zu einem gleichbleibenden Zustand bei, das heißt, für die Bürger wird zumindest keine spürbare Mehrbelastung herauskommen.

Das Problem dabei ist in erster Linie, dass man es auch bei dieser Novelle verabsäumte, die Mehrkinderfamilien besser zu berücksichtigen, so wie wir das schon vor einem Jahr forderten. Man hat es auch bei dieser Novelle verabsäumt, sich dem vom Land festgelegten Richtsatz von 90 Euro zu nähern, sondern ganz im Gegenteil. Nachdem man die rechtswidrigen Zusatzeinkünfte für die Stadt gestrichen hat, wäre es doch angebracht gewesen, bei diesem Tarif zu bleiben, aber nein, das, was man zuvor gestrichen hat, erhöhte man gleich wieder auf der anderen Seite. Und diese Vorgangsweise ist meines Erachtens nicht dazu geeignet, dem Bürger in Zeiten der Inflation entgegenzukommen, in Zeiten der zusätzlichen Belastungen, in Zeiten immer geringer werdender Einkommen.

Fraglich ist weiters, dass hier insbesondere die Leistungsträger in unserer Gesellschaft betroffen sind, nämlich in der Weise, dass der Höchstarif in den Himmel wächst bzw. trotz gesetzlicher Änderung eine Senkung des Höchstarifes nach wie vor nicht in Sicht ist.

Vielleicht kann man mit der ganzen Sache nochmals in den Ausschuss gehen. Ich stelle daher den Antrag,

1. die Mehrkindregelung nochmals im Ausschuss zu diskutieren,
2. die vorgesehenen Erhöhungen im Ausschuss noch einmal zu diskutieren und
3. vielleicht eine Möglichkeit zu finden, den Tarif, der ursprünglich festgesetzt wurde, zu belassen.

Über diesen Geschäftsordnungsantrag ersuche ich um sofortige Abstimmung.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Dr. Rabl auf Zurückverweisung gst. Angelegenheit an den zuständigen Ausschuss zur nochmaligen Beratung wird bei

13 Ja-Stimmen (ÖVP- und FPÖ-Fraktion sowie  
GR. Landauer)  
gegen 22 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion sowie GR. Anreitter)  
abgelehnt.

GR. Dr. Rabl: Ich bedaure, dass hier zum zweiten Mal die Unvernunft weitergeführt wird. Vielleicht kommt es im nächsten Jahr wieder zu einer Novelle und wir werden dann wieder versuchen, uns mit gewissen Dingen durchzusetzen.

Vzbgm. Wimmer: Ich glaube, ich bin hier auf der falschen Veranstaltung. Ich habe mich natürlich mit diesem Thema sehr intensiv beschäftigt, weil ja die finanziellen Auswirkungen einer solchen Tarifordnungsnovelle auch mich in meiner Verantwortlichkeit als Finanzreferent treffen. Und hier muss ich sagen, dass ich weder den Ausführungen des Kollegen Rabl noch jenen des Kollegen Pernkopf folgen kann, denn da wird offenbar

von unterschiedlichen Städten und unterschiedlichen Tarifordnungen gesprochen. Ich spreche von der Stadt Wels und deren Tarifordnung, aber sie dürften möglicherweise irgendetwas von einer kleinen ÖVP-Landgemeinde vernommen haben, denn sie sprechen hier von Verteuerungen oder nicht erfolgten Verbilligungen.

Wir mussten jetzt nicht etwa deswegen, weil unsere Tarifordnung schlecht war, eine Novelle durchführen, sondern vielmehr deshalb, weil offensichtlich das Landesgesetz von Herrn Landesrat Sigl schlecht war. Er hat nun aber das Gesetz neu gefasst und eine neue Verordnung erlassen, worauf alle Gemeinden Oberösterreichs veranlasst waren, mit den eigenen Tarifordnungen nachzuziehen bzw. diese an die geänderte Gesetzgebung anzupassen.

Und nachdem etwas anderes behauptet wurde, darf ich feststellen, dass uns, der Stadt Wels, diese Novelle ziemlich genau 100.000 Euro kosten wird. Das ist sicher ein gut angelegtes Geld – alles, was für die Kinder ist, wird man als gut angelegt bezeichnen können – aber angesichts dessen zu behaupten, wie das der Kollege Rabl getan hat, dass bestenfalls die Belastungen gleich bleiben, die meisten aber mehr zahlen müssten, das ist schlichtweg unseriös, es entspricht das schlichtweg der Unwahrheit oder es haben sich beide Vorredner nicht gut genug mit dieser Materie auseinandergesetzt. Wenn ich um 100.000 Euro weniger einnehme, heißt das doch, dass die Welser Eltern, die ihre Kinder in die Kindergärten bringen, insgesamt um diese 100.000 Euro weniger zahlen. Also, angesichts dessen von einer Mehrbelastung zu reden, das ist schon sehr am Rande der Seriosität angesiedelt.

Ich glaube, dass wir mit dieser neuen Tarifgestaltung ein sehr ausgewogenes Verhältnis gefunden haben. Wir bekennen uns als Sozialdemokraten dazu, dass diejenigen, die mehr verdienen – diese werden vom Kollegen Rabl als Leistungsträger bezeichnet – mehr zahlen. Und solange wir in diesem Gemeinderat die Mehrheit haben, werden wir nach diesem Prinzip vorgehen. Und die vom Kollegen Pernkopf angesprochenen Wenigverdiener wie die alleinerziehenden Mütter zahlen tatsächlich weniger. Ich lade sie ein, sich die angeführten Beispiele anzusehen. Sie werden selbst draufkommen, dass sie mit ihren Zahlen etc. nicht ganz „up to date“ sind.

Ich empfehle auch namens der SPÖ-Fraktion, diese sozial gestaffelte und sozial sehr ausgewogene Novelle zur Kindergarten- und Horttarifordnung zu beschließen.

StR. Dr. Ganzert: Also, die Politik kann man wohl bei einer solchen Debatte nicht ganz außer Kraft setzen. Warum wir jetzt etwas reparieren müssen, das ist doch darauf zurückzuführen, dass der Landesgesetzgeber eine Gesetzesnovelle herbeiführte. Der Landesgesetzgeber hat den von ihm vorgegebenen unsozialen Tarif – das soll man direkt wiederholen, nämlich den „unsozialen Tarif“ – politisch nicht durchsetzen können. Daher griff der Landesgesetzgeber zum Instrument der Novelle, um eben entsprechend eingreifen zu können.

Ich mache ja den Versuch, die Tarife miteinander zu vergleichen, sehr gern. Es gibt keinen Welser, der mehr zahlt bzw. zahlen ungefähr 80 % der zum Elternbeitrag Verpflichteten sogar minimal wenig. Ich nehme doch an, dass man eigentlich solch einer Beschlussvorlage sehr wohl zustimmen könnte. Ich weiß nicht, wie man hier zu anderen Behauptungen kommt, denn immerhin haben wir ihnen ja die Zahlen vorgelegt. Wenn wir als Stadt insgesamt um 107.000 Euro weniger einnehmen, dann müssen sie uns halt erklären, wer da aller mehr zahlen wird.

Ich weiß nicht, aber vom Gesetzgeber ist doch ausdrücklich vorgesehen, für welche Öffnungszeit ein Mindestbetrag von 36 Euro einzuheben ist. Dieser Mindestbetrag betrifft eine Kindergartenbesuchszeit zwischen 07.30 und 12.30 Uhr. Und wir waren eben so wie andere Gemeinden der Ansicht, dass man Zusatzdienste, die über diesen Zeitrahmen hinausgehen, sehr wohl verrechnen darf. Jetzt steht das aber konkret drinnen und wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass der Landesgesetzgeber diese Sache irgendwie falsch einschätzte. Offenbar ist das Herr Landesrat Sigl ein bisschen peinlich, dass die Ärmsten etwas mehr zahlen mussten, ansonsten er ja diese Novelle nicht in die Wege leiten hätte müssen. Und heute liegt uns eben das Ergebnis vor. Als Sozialdemokrat kann ich heute festhalten, dass 45 % der unteren Einkommensbezieher zwischen 30 und 40 % weniger zahlen werden. Dann zahlen jene, die zwischen 45 und 80 % der Einkommen liegen, auf jeden Fall zwischen 6 und 8 Euro weniger und wenn wir ganz nach oben gehen, kann es für jene, die keine Zusatzleistung in Anspruch genommen haben, sein, dass sie zwischen 1 und 3 Euro mehr zahlen müssen. Somit finde ich insgesamt, dass es sich hierbei um eine ganz tolle Sache handelt und ich nur die Annahme dieses Antrages empfehlen kann.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird mit

22 Ja-Stimmen (SPÖ-Fraktion sowie GR. Anreitter)  
bei 1 Stimmenthaltung (GR. Landauer)  
und 12 Nein-Stimmen (ÖVP- und FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

9.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Schulbeginnunterstützung in der 1. Schulstufe abgeändert wird (1. Novelle zur Schulbeginnunterstützung 2001)  
SO-JW-28-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Familien- und Jugendausschuss am 17.06.2008, der Gemeinderat möge die als Anlage 9 beigefügte 1. Novelle zur Schulbeginnunterstützung 2001 beschließen.

Der Bürgermeister bringt den als Anlage 10 beigefügten Abänderungsantrag der FPÖ-Fraktion zur Kenntnis und ersucht, diesen in der Debatte zu berücksichtigen.

Vzbgm. Wimmer bezieht sich auf den eingebrachten Abänderungsantrag und führt dazu aus:

Die Stufen I und II dieser Schulbeginnunterstützung sollen sehr namhaft angehoben werden, nämlich um 20 %. Das bedeutet in der Stufe I eine Anhebung von 65 auf 78 Euro und in der Stufe II von 50 auf 60 Euro. Die Stufe III soll mit 36 Euro unverändert beibehalten werden, nämlich laut Amtsvorschlag. Um hier der Wortmeldung des Kollegen Rabl zuvorzukommen, sei festgehalten, dass in Stufe III die Leistungsträger oder Besserverdiener angesiedelt sind, speziell auch jene Eltern, die aus irgendwelchen Gründen keine Einkommensnachweise vorlegen wollen.

Ich empfehle also die Annahme des Antrages in der vorgelegenen Form, wie er auch im Ausschuss behandelt wurde und weiters schlage ich vor, den Abänderungsantrag der Freiheitlichen Fraktion abzulehnen.

GR. Dr. Rabl: Das, was die SPÖ hier macht – nicht nur bei diesem, sondern auch bei vielen anderen Anträgen – das ist eine knallharte ideologische Politik, gerichtet gegen die Leistungsträger. Wenn man diesem Amtsbericht glaubt, dann sind das immerhin 55 % der in Wels Wohnenden. Man schließt also entsprechend diesem Amtsbericht 55 % der in Wels Wohnenden systematisch von jeder Erhöhung dieser Unterstützung aus. Sobald jemand auch nur etwas mehr verdient, zahlt er sowieso mehr Steuern, er bekommt aber auch keine Vergünstigungen oder Ermäßigungen mehr. Ich finde es direkt tragisch, dass eine Partei, die bei den letzten Wahlen mehr als 50 % der Stimmen bekam, alle anderen, die sie nicht gewählt haben, systematisch ausschließt. Ich finde es auch traurig, dass man Leute, die vielleicht 1.300 oder 1.400 Euro brutto verdienen, womit sie dann gemeinsam bereits über dieses Limit hinauskommen, schon als reich, wohlhabend oder was weiß ich alles nennt und man ihnen deshalb jede Vergünstigung vorenthält. Es sind doch auch jene Leute von der Inflation betroffen, von stagnierenden Löhnen. Es erscheint mir unverständlich, dass man hier sagt, die Kinder von solch „reichen“ Eltern sind weniger wert als die anderen Kinder. Nur weil deren Eltern etwas besser verdienen, bekommen sie nichts und das ist meiner Ansicht nach eine pure ideologische Entscheidung, die man nur verurteilen kann. Und deshalb ersuche ich darum, den Abänderungsantrag anzunehmen.

GR. Mag. Hora: Herr Bürgermeister als Vorsitzender des Gemeinderates! Ich darf sie darum ersuchen, diese ständigen Zuschauerunmutsäußerungen, die zum Teil für andere Fraktionen beleidigend sind, zu unterbinden. Ich glaube, jeder hat das Recht als Mitglied des Gemeinderates, seine Ansichten bekannt zu geben, ohne ständig gestört zu werden. Diese Zwischenrufe etc. mögen für manche amüsant sein, aber ein Großteil von uns findet das bestimmt weniger amüsant, denn wir diskutieren doch hier im Gemeinderat über ernste Sachen und diese abfälligen Bemerkungen aus den Zuhörerreihen haben eigentlich hier nichts zu suchen, egal auf wen sie sich beziehen.

Bgm. Dr. Koits: Ich würde darum ersuchen, Herr Höpfl, dass du dem Herrn mitteilst, er möge entweder Silentium bewahren oder den Sitzungssaal verlassen.

Die Herren Kroiß und Weidinger, die gerade aufstehen, möchte ich darauf hinweisen, dass sie hier nicht als Mitarbeiter der Polizei tätig sind, sondern als Gemeinderatsmitglieder.

Vzbgm. Wimmer: Man könnte natürlich zu den Ausführungen des Herrn Dr. Rabl sehr lange philosophieren, aber dem Grund nach ist das sinnlos, denn er verwechselt halt wieder einmal Äpfel mit Birnen, wenn er meint, dass hier Kinder von besser verdienenden Eltern weniger bekommen. In Wahrheit bekommen alle Kinder nichts, sondern deren Eltern.

Selbstverständlich ist es aber so, dass es uns ein soziales Anliegen ist, jene, die besser verdienen, mit weniger Förderung zu berücksichtigen. Es ist andererseits nicht so, wie du sagtest, nämlich dass diese Eltern nichts bekommen würden. Sie erhalten ebenfalls eine entsprechende Förderung, nur wird ihnen bei der Erhöhung nicht jenes Maß zugeordnet, wie das in den beiden anderen Stufen der Fall ist.

Die Abstimmungen zu Punkt 9. der Tagesordnung bringen folgende Ergebnisse:

Der Abänderungsantrag (Anlage 10) der FPÖ-Fraktion wird bei

4 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)  
30 Nein-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion sowie  
GR. Anreitter)  
und 1 Stimmenthaltung (GR. Landauer)  
abgelehnt.

Der Hauptantrag (Anlage 9) wird mit

34 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und FPÖ-Fraktion  
sowie GR. Anreitter)  
bei 1 Stimmenthaltung (GR. Landauer)  
angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Karl-Georg Holter

10.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Übernahme der Lern- und Arbeitsmittelbeiträge durch die Stadt Wels als Schulerhalterin  
DI-Verf-211-2008

GR. Mag. Holter: Beim Tagesordnungspunkt 10. handelt es sich um einen Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion zum Thema „Übernahme der Lern- und Arbeitsmittel-

beiträge durch die Stadt Wels als Schulerhalterin“. Dieser Antrag (Anlage 11) ist ja allen Mitgliedern des Gemeinderates zusammen mit der Tagesordnung zur heutigen Sitzung zugegangen, weshalb ich darauf verzichte, ihn zu verlesen. Stattdessen weise ich auf zwei wesentliche Punkte hin.

Zum Ersten ist die Stadt Wels natürlich dazu verpflichtet, sich an bestehende Gesetze zu halten. Was wir heute beschließen wollen, ist keine Erfindung der ÖVP Wels, sondern es steht schlicht und einfach in den bestehenden Bundes- und Landesgesetzen, nämlich dass der Besuch der öffentlichen Pflichtschulen für alle Schüler unentgeltlich sein muss. Bislang war es aber so, dass entgegen der entsprechenden Bestimmungen – wahrscheinlich nicht nur in Wels, sondern auch andernorts – Kochgeld, Bastelgeld und dergleichen, auch Kopiergeld eingehoben wurde. Dieses Geld war von den Eltern oder von anderen Erziehungsberechtigten zu entrichten.

Unser Antrag ist nun jener, dass die Stadt Wels als Schulerhalter ihrer Pflicht nachkommt und die Beiträge für Arbeitsmittel ab dem Schuljahr 2008/2009 übernimmt. Dies jedoch, um hier eventuellen Befürchtungen vorzubeugen, unter Beachtung der bisher im Schulbudget beschlossenen Ansätze. Das heißt also, dass diese in keiner Form erstreckt oder vermindert werden dürfen.

Ich ersuche jetzt um Diskussion über diesen Antrag.

StR. Dr. Ganzert: Vorweg darf ich darauf zu sprechen kommen, dass der Ausdruck „Rechtswidrigkeit“ durch unseren Sitzungssaal geistert. Man könnte fast glauben, wir würden hier eine Rechtsdebatte führen. Nun, ich möchte schon einmal klar festgehalten haben, dass wir da überhaupt nichts Rechtswidriges machen. Man muss halt das Gesetz so lesen, wie es ist. Und das Schulunterrichtsgesetz sieht ausdrücklich vor, dass die Erziehungsberechtigten die Schüler mit den entsprechenden Unterrichtsmitteln auszustatten haben. So steht es nun einmal drinnen.

Andererseits ist es auch richtig, dass mit den Unterrichtsmitteln Kosten für die Eltern verbunden sind und das Gute am vorliegenden Antrag ist meines Erachtens, dass dieser darauf abzielt, die Eltern zu entlasten. Natürlich kann man sich solch einem Antrag nicht verschließen, ich möchte aber doch betonen, dass die Stadt Wels 70.000 Euro für das Kochen und Werken an den Schulen ausgibt. Ich gebe jedoch zu, dass es in diesen Bereichen noch die eine oder andere Zusatzsache gibt, auch beim Kopieren, wo bisher nur ein gewisser Teil von der Stadt bezahlt wurde.

Als Mitglied der SPÖ-Fraktion stehe ich gar nicht an zu sagen, dass der vorliegende Antrag in die richtige Richtung geht. Er kommt ja in Wahrheit von der Linzer SPÖ, welche im vorigen Herbst einen praktisch gleichlautenden Antrag im Linzer Gemeinderat einbrachte. Wir als Welser Sozialdemokraten können uns demnach sehr gut mit dem Ziel des heute vorliegenden Antrages identifizieren, nämlich eine Entlastung der Eltern herbeizuführen. Somit kann ich gleich einmal vorweg sagen, dass wir diesem Antrag die Zustimmung geben werden.

GR. Reindl-Schwaighofer: Herr Stadtrat Ganzert hat bereits darauf hingewiesen und es ist wichtig, deutlich zu machen, dass wir es hier mit einem Graubereich an den Schulen zu tun haben. Es war nämlich schon in der Vergangenheit so, dass wir als Stadt ohne konkrete Verpflichtung namhafte Beträge für diverse Mittel bereitgestellt haben.

Die Initiative des Linzer Stadtrates Mayr hat sozusagen dazu geführt, dass heute von der ÖVP ein praktisch gleichlautender Antrag eingebracht wurde. Es wurde in Linz darauf hingewiesen, dass diese Initiative gestartet werden muss, weil es letztlich eine klare Regelung dahingehend braucht, dass Schulen zumindest im Pflichtschulbereich gebührenfrei sind. Ich möchte grundsätzlich sagen, dass Schulen als Lernanstalten einen Bereich darstellen, der nicht mit einem Schulgeld oder irgendwelchen anderen Gebühren verbunden ist. Und sozusagen in Verlängerung dessen möchte ich auch darauf hinweisen, dass es an den Universitäten ebenfalls ohne Schulgeld bzw. ohne Studiengebühren abgehen sollte.

So hoffe ich, dass wir heute diesen Antrag gemeinsam beschließen können, denn er ist gut und richtig. Und ich denke mir: Nachdem er von der richtigen Fraktion abgeschrieben wurde, können wir ihm umso beruhigter zustimmen.

GR. Mag. Hora: Es fällt mir als Betriebswirt manchmal sehr schwer, dass ich ihnen, Herr Dr. Ganzert, im rechtlichen Bereich widersprechen muss. Das SchuG gilt für alle Schüler. Das erste Gesetz stammt bereits aus dem Jahr 1955 und das zweite Gesetz gilt seit 1986. Und im Pflichtschulorganisationsgesetz steht ebenfalls, dass für die Eltern keine Geldleistung anfallen darf. Recht haben sie darin, dass die Stadt Linz schon etwas früher den gesetzlichen Zustand herstellte.

Man muss aber auch die Höheren Schulen erwähnen. Wir heben natürlich Lehrmittelbeiträge ein, worüber man ebenfalls diskutieren könnte.

Im Pflichtschulbereich sind aber ganz eindeutig die jeweiligen Schulerhalter zur Tragung der Kosten verpflichtet und unser berechtigter Wunsch in Zusammenhang mit der Umsetzung des heutigen Antrages ist jener, dass damit nicht anderweitig die Begehrlichkeit des Finanzreferenten geweckt werden möge, das heißt, dass er, wenn er beim Material bzw. bei den Lern- und Arbeitsmitteln mehr Geld bereitstellt, dass er womöglich anderweitig bei den Schulen irgendwelche Kürzungen vornimmt. Das Ganze sollte vielmehr im Sinne unserer Welser Pflichtschulen, die eine tolle Arbeit leisten, seitens der Stadt Wels unterstützt werden. In Linz beginnt es manchmal schon – unter der dortigen sozialdemokratischen Mehrheit – dass dann die Schulen einen gewissen Teil der Mehraufwände in anderen Bereichen abgezogen erhalten. So wie es unser Fraktionsvorsitzender Holter und auch der Kollege Reindl-Schwaighofer angesprochen haben, möchten wir also diese Maßnahme umgesetzt sehen.

GR. Anreitter: Mir ist es ziemlich wurst, woher dieser Antrag kommt oder wer ihn ursprünglich formulierte. Ich finde ihn jedenfalls gut im Interesse der Eltern und werde ihm deshalb zustimmen.

GR. Dr. Rabl: Ich finde die Vorgangsweise der SPÖ schon etwas eigenartig. Da wurde jetzt fünf Mal darauf hingewiesen, dass ursprünglich der Antrag von der SPÖ Linz stammt – das mag schon sein – aber wenn es sich hierbei um einen guten Antrag handelt, dann wundert es mich doch sehr, warum bisher die SPÖ Wels untätig geblieben ist und die ÖVP kommen musste, um euch zu sagen, wie das geht. Also, es ist schon ein bisschen komisch, wenn hier eine soziale Partei, die auch sonst vorgibt, so nahe beim Bürger zu sein und die darauf achtet, dass gesetzliche Bestimmungen umgesetzt werden, nicht einmal dann, wenn es einem die eigenen Leute in Linz vormachen, etwas in dieser Angelegenheit unternimmt. Da muss vielmehr die ÖVP kommen, damit ihr sagt: Ja, das ist eh ein Antrag der SPÖ Linz. Eigentlich hättet ihr in

Wels schon selbst draufkommen können, dass das ein guter Antrag ist, den man als SPÖ einbringen sollte. Aber nein, dazu war die SPÖ Wels offenbar zu bequem oder vielleicht zu unwissend. Einerlei! Der Antrag ist gut und deshalb werden wir diesem ebenfalls zustimmen.

Vzbgm. Wimmer: Es trifft der seltene Fall ein, dass ich dem Kollegen Anreitter auf Punkt und Beistrich zustimmen muss. Es ist wirklich völlig egal, woher dieser Antrag kommt, denn er ist gut und deshalb werden wir ihm zustimmen.

Natürlich hätte ihn auch die SPÖ einbringen können. Mein Freund Karl-Georg Holter wird bestätigen können, dass ich ihm dafür dankte, dass er die Sache mit diesem Antrag in die Hand genommen und uns damit eine Arbeit abgenommen hat. (Gelächter!)

Ich war schon dabei, solch einen Antrag zu formulieren, als ich diesen Antrag der ÖVP erhielt. Und so, wie es sich unter Freunden gehört, habe ich dem Kollegen Holter für die gute Zusammenarbeit in dieser Sache gedankt.

Bgm. Dr. Koits: Vielleicht habt ihr ihn eh gemeinsam formuliert!

Vzbgm. Wimmer: Ich habe ihm auch signalisiert, dass wir ebenfalls zustimmen werden.

Ich möchte weiters festhalten, dass es hier kostenmäßig nicht gerade um die Welt geht. Es werden ungefähr 20.000 bis 30.000 Euro sein, die uns diese Sache zusätzlich kosten wird. Selbstverständlich wird hier eine Anpassung an die gesetzliche Situation erfolgen, allerdings mit der kleinen Einschränkung, die auch von Herrn Dr. Ganzert angeführt wurde. Sind wir somit froh darüber, wenn das heute beschlossen wird, damit Klarheit und Rechtssicherheit für alle eintritt.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke dem Kollegen Wimmer und darf sagen, dass ich mich eh schon ein bisschen über die Diktion wunderte.

GR. Mag. Holter: Herr Bürgermeister! Dass von ihrer Seite jetzt auch eine Qualitätsoffensive im Wege der Diktionen übernommen wurde, das ist mir neu. Darauf werden wir aber nochmals zurückkommen.

Lieber Hermann Wimmer! Ich danke für den Dank in Bezug auf die Formulierung des Antrages. Ich weiß nicht, ob das in Bezug auf die Formulierung auch noch für den nächsten Tagesordnungspunkt gelten wird .....

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Nein!

GR. Mag. Holter: ..... aber für diesen Tagesordnungspunkt nehme ich das einmal so zur Kenntnis.

Ansonsten kann ich nur jedes Wort, das der Kollege Rabl sagte – das ist auch nicht immer der Fall – doppelt unterstreichen und ersuche um Annahme dieses Antrags.

Der Antrag (Anlage 11) zu Punkt 10. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

11.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Neuvergabe der Integrationsstudie  
DI-Verf-212-2008

Bgm. Dr. Koits bringt den als Anlage 13 beigefügten Abänderungsantrag der FPÖ-Fraktion zur Kenntnis und ersucht, diesen in die Verhandlung mit einzubeziehen.

GR. Mag. Holter: Ich darf zuerst einmal auf die historische Entwicklung dieses Antrages hinweisen und damit auch irgendwo begründen, warum es so weit gekommen ist.

Es hat am 17.12.2007 einen Grundsatzbeschluss gegeben, nämlich einen Mehrheitsbeschluss der SPÖ und der GRÜNEN gegen die Stimmen der ÖVP und der FPÖ, zum Thema Integration. Dieser Beschluss beinhaltete mehrere Punkte, unter anderem in der Richtung, dass eine Integrationsstudie erstellt werden soll. Diesen Grundsatzbeschluss gibt es also, zu einem Ausführungsbeschluss ist es allerdings nicht mehr gekommen.

Am 10.03. fand in weiterer Folge eine Sitzung des Lenkungsausschusses statt. Dazu vermeinte ja der Kollege Buttinger in der Zeitung so charmant, dass seitens der ÖVP immer jemand anderer zum Lenkungsausschuss kommen würde und dass man diese Person immer neu anlernen müsse. Kollege Buttinger, nur zur Info: Am 10.3. fand die erste und bisher einzige Sitzung des Lenkungsausschusses statt.

In dieser Sitzung des Lenkungsausschusses am 10. März wurde jedenfalls vom Bürgermeister mitgeteilt, dass er einen Auftrag zur Erstellung einer Integrationsstudie erteilt habe, und zwar an das „Institut für Kinderrechte und Elternbildung“ in Wien. Auf Nachfrage, wer denn eigentlich hinter diesem Institut zu sehen sei – als erster fragte Herr Dr. Wieser und ich habe mich dem angeschlossen – wurde uns erklärt, dass das ein völlig unabhängiges Institut wäre, das allerdings zahlreiche Erfahrungen gerade mit diesem Integrationsthema habe. Im Übrigen wird auch im Protokoll über diese Sitzung des Lenkungsausschusses die Unabhängigkeit dieses Institutes betont.

Und in dieser Sitzung gab es keinerlei Erklärungen über allfällige Kosten dieser Studie, über irgendwelche damit möglicherweise zusammenhängende Fragen der Auftragsvergabe, über allfällige Mitbewerber, über allfällige Vertragsverhandlungen; gar nichts gab es. Wir haben uns dann über die Herkunft und die Qualität des Institutes erkundigt. Wir sind draufgekommen, dass es sich hierbei um ein SPÖ-Institut handelt, das in einer bestimmten Parteiorganisation angesiedelt ist. Von einer Unabhängigkeit, wie behauptet, ist dieses somit weit weg.

Wir sagten uns auch, dass wir uns doch etwas näher ansehen müssten, wie es zu einer derartigen Auftragsvergabe überhaupt kommen konnte. So weiß ich, dass es laut Statut für die Stadt Wels und laut Geschäftseinteilung für die Mitglieder des Stadtsenates gewisse Wertgrenzen gibt, nach denen sich die Zuständigkeit bei Auftragsvergaben richtet. Es wurden uns Kosten in Höhe von ca. 30.000 Euro genannt, wovon die Hälfte, also ca. 15.000, vom Land Oberösterreich gezahlt würde. Ich sage das deshalb im Konjunktiv, weil bis heute trotz schon länger andauernder Debatte über dieses Thema

keiner hier im Gemeinderat oder Stadtsenat, zumindest nicht von den nicht der SPÖ angehörigen Fraktionsmitgliedern, irgendwelche Unterlagen zu dieser Auftragsvergabe gesehen hat. Ich kann also immer nur mit „würde“ und „könnte“ argumentieren.

Als erstes Gegenargument – darum greife ich es jetzt gleich heraus – wird der Ansatz kommen, dass doch das jeweils zuständige Mitglied des Stadtsenates Verträge bis zu einem Gegenwert von 30.000 Euro selbstständig abschließen darf. Das steht so im Statut bzw. in der Geschäftseinteilung für den Stadtsenat. Dazu stellen sich für mich nun genau zwei Fragen. Wer ist ein zuständiges Mitglied des Stadtsenates und was ist ein Vertrag? Wir verfügen ja über keine Unterlagen und ich kann deshalb immer nur Hypothesen aufstellen. Wenn es stimmt, dass sich das Land Oberösterreich zur Hälfte an einer Summe X beteiligt – es wird behauptet, die Studie würde 30.000 Euro kosten, was wir aber nicht konkret wissen – dann verfügt das Land Oberösterreich über zwei Möglichkeiten, sich zu beteiligen, nämlich entweder als Vertragspartner – das wurde aber bisher nie behauptet, weil es offenbar eine Studie werden soll, die nur Wels betrifft – oder als Subventionsgeber. Und wenn hier das Land Oberösterreich als Subventionsgeber auftritt, nämlich mit dem Hälftebetrag, dann reden wir schon von vornherein von einer gemischten Subvention und über einem Subventionsbetrag von 1.000 Euro haben wir sowieso ein Beschlusserfordernis des Stadtsenates.

Geht man aber nicht vom Titel „Subvention“ aus, fragt man sich, wer nun ein zuständiges Mitglied des Stadtsenates ist. Sie wissen ja, wie Zuständigkeiten der Stadtsenatsmitglieder entstehen. In einer konstituierenden Sitzung, also nach einer Gemeinderatswahl – es könnte natürlich vorkommen, dass ein personeller Wechsel im Stadtsenat stattfindet oder die Kompetenzen verschoben oder geändert werden, was aber zumindest in dieser Funktionsperiode noch nie der Fall war – beschließt der Stadtsenat für seine künftige Arbeit eine Geschäftseinteilung. Er beschließt also, welche Geschäftsbereiche von welchen Mitgliedern des Stadtsenates wahrzunehmen sind und so hat der Bürgermeister ebenfalls einen eigenen Geschäftsbereich, der folgende Bereiche umfasst:

Leitung der Verwaltung  
Büro des Bürgermeisters  
Gemeinderatskanzlei  
Interne Revision  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Verfassungsdienst  
Bürgercenter  
Post- und Kopierservice  
Unternehmensentwicklung  
Beteiligungsmanagement mit ein paar angeführten Ausnahmen  
Zivilrecht, ebenfalls mit ein paar Ausnahmen  
Zentraler Einkauf  
Reinigung  
Wählerservice  
Passservice  
Meldeservice  
Kultus, wobei es hier um kirchliche Institutionen geht  
Personalrecht

Dieser angeführte Zuständigkeitsbereich umfasst allerdings nicht den Themenkatalog zur Frage der Integration. Nur den Medien gegenüber zu erklären, dass die Integration Chefsache sei, das bedingt rechtlich noch keine Zuständigkeit. Und zu einem Thema, einer Auftragsvergabe im Bereich der Integration, für welches keine Zuständigkeit festgelegt ist, auch nicht jene des Bürgermeisters, muss es einen Beschluss des Stadtsenates geben. Genau diesen Beschluss gibt es aber in dieser Angelegenheit nicht.

Selbst wenn man sagt – das wäre die nächste Ausfluchtmöglichkeit, die ich ihnen anzubieten habe, es wird sich jedoch keine ausgehen, wobei ich gleich noch hinzufüge, dass auch kein anderes Mitglied des Stadtsenates laut Geschäftseinteilung für das Thema Integration zuständig ist – der Bürgermeister hätte die Möglichkeit nach § 49 Abs. 6 des Statutes für die Stadt Wels, anstelle des Stadtsenates zu entscheiden, wenn dessen Entscheidung ohne Nachteil für die Sache nicht abgewartet werden kann oder die Angelegenheit einer sofortigen Erledigung bedarf – es stellt sozusagen eine Wertungsfrage dar, ob etwas ganz dringend ist und keinen unnötigen Aufschub duldet, das heißt, da steckt relativ viel Ermessensspielraum drinnen – ist es nach dem Statut so, nämlich nach dem nächsten Satz im § 49 Abs. 6, dass der Bürgermeister seine Entscheidung unverzüglich dem Stadtsenat zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen hat. Diese Vorlage ist nicht passiert und man könnte, falls das jetzt doch noch passierte, auch nicht mehr von „unverzüglich“ reden. Diese Auftragsvergabe muss so um den 10. März passiert sein, sonst hätte ja der Bürgermeister nicht im Lenkungsausschuss vom 10. März drüber berichten können. Wir haben hierauf eine gewisse Zeit verstreichen lassen, ehe wir dazu etwas sagten, nämlich in der Hoffnung, diese Vergabe würde doch noch im Stadtsenat behandelt, aber jetzt sind es ungefähr vier Monate danach, das heißt, bei einer nachträglichen Vorlage zum jetzigen Zeitpunkt könnte von einer Unverzüglichkeit nicht einmal mehr im Ansatz gesprochen werden. Daher ist unserer Meinung nach gegen das Statut der Stadt Wels gehandelt worden, weshalb im Endeffekt der Auftrag zu widerrufen sein wird.

Und dann schlagen wir inhaltlich noch etwas vor. In diesem Lenkungsausschuss sind alle vier Fraktionen des Gemeinderates vertreten und es gibt zum inhaltlichen Bereich dieses Themas verschiedene Zugänge. Fast jede Fraktion oder Partei hat einen Zugang, der sich von den Zugängen der anderen Parteien zum Teil erheblich unterscheidet. Wir schlagen deshalb vor – das betrifft jetzt den 3. Punkt unseres Antrages – gemeinsam im Lenkungsausschuss eine Themen- und Fragenliste zu erstellen und diese Integrationsstudie anschließend an ein objektives, tatsächlich unabhängiges Institut oder an eine Expertenkommission, welcher Art auch immer, zu vergeben.

Ich ersuche jetzt um Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt.

Vzbgm. Wimmer: Ich wollte mich zu diesem Punkt eigentlich nicht zu Wort melden, aber die Ausführungen des Kollegen Holter haben mich jetzt doch dazu motiviert.

Ich konnte ja lange Zeit nicht glauben, dass diese Formulierungen von Herrn Magister Holter als Rechtsanwalt getätigt wurden und vermutete eher, dass das von Herrn Dr. Ploier kommen würde, nachdem ich ja weiß, dass die ÖVP Wels das Thema völlig anders sieht als beispielsweise die Sozialdemokratie hier im Gemeinderat. Diese Haltung ist legitim und es bleibt ihnen allen diese Haltung unbenommen. Sie wird von uns akzeptiert, so wie wir uns umgekehrt erwarten, dass demokratische Spielregeln und damit auch Mehrheitsentscheidungen von ihnen akzeptiert werden, meine Damen und Herren von der Welser ÖVP.

Ich stelle somit fest, dass die Vergabe durch den Bürgermeister nicht rechtsunwirksam ist und dass der erteilte Auftrag selbstverständlich nicht widerrufen wird. Als nicht-graduierter Jurist bin ich weder in der Lage noch habe ich dazu Lust, auf die rechtstheoretischen Erörterungen des Herrn Magister Holter einzugehen. Das eignet sich mehr für ein Privatissimum unter Juristen und weniger für eine politische Diskussion hier im Gemeinderat.

Ich verweise allerdings auf einen maßgebenden Umstand, der der gesamten ÖVP-Fraktion, zumindest dem Fraktionsvorsitzenden der ÖVP entgangen ist bzw. wurde er möglicherweise von den Mitgliedern der ÖVP-Stadtsenatsfraktion nicht entsprechend informiert. Der Stadtsenat hat die Änderung der Geschäftseinteilung für die Mitglieder des Stadtsenates in der Weise beschlossen, als dem Aufgabenbereich des Bürgermeisters die Aufgabengruppe „Integration“ zugewiesen wurde. Schon allein daraus ergibt sich die Zuständigkeit des Bürgermeisters zur Auftragsvergabe innerhalb der vom Statut festgelegten Wertgrenzen. Ich bedaure, lieber Karl-Georg, dass dir dieser Irrtum unterlaufen ist. Aber du hättest doch die Möglichkeit gehabt, mich zu fragen, wenn dich schon deine eigenen Stadtsenatsmitglieder nicht richtig informieren; ich hätte dir die entsprechenden Auskünfte und Aufklärungen gegeben.

Diese Zuständigkeit des Bürgermeisters ergibt sich auch noch aus einem zweiten Punkt. Das wurde zumindest für die Mitglieder des Präsidialausschusses klar und transparent, als die Vorberatung über den Grundsatzbeschluss zur Integration erfolgte. Dort wurde diese Zuständigkeit des Bürgermeisters, soweit ich mich erinnern kann – ich war im Präsidialausschuss ebenfalls dabei – von allen akzeptiert. Das wäre allerdings gar nicht notwendig gewesen, weil sich diese Zuständigkeit schon allein aus der Änderung der Geschäftseinteilung des Stadtsenates ergeben hat. Ich darf deshalb ersuchen bzw. an die ÖVP-Fraktion appellieren, diesen Initiativantrag zurückzuziehen.

Interessanterweise geht ja der Abänderungsantrag der Freiheitlichen Fraktion von völlig anderen Voraussetzungen aus. Hier ist nicht von Rechtswidrigkeit oder Rechtsunwirksamkeit die Rede, sondern es wird ganz einfach das Verfahren der Auftragsvergabe in Form einer Anfrage oder eines Ersuchens um Prüfung zur Diskussion gestellt. Das ist schon etwas ganz anderes und es dürfte offensichtlich Herr Dr. Rabl gewusst haben, dass grundsätzlich die Zuständigkeit des Bürgermeisters für diese Fragen gegeben ist. Ansonsten hätte er sich, wie ich ihn kenne, wahrscheinlich mit großer Freude den Vorhaltungen in Bezug auf die Rechtswidrigkeit und Rechtsunwirksamkeit angeschlossen.

Für meine Fraktion steht fest, dass wir diesen Antrag der ÖVP-Fraktion ablehnen werden. Wir werden auch den Abänderungsantrag der FPÖ-Fraktion ablehnen, weil ja die Vergabe durch den Bürgermeister völlig klar bzw. transparent erfolgte. Die Erstellung einer Integrationsstudie ist Bestandteil eines gültigen Gemeinderatsbeschlusses und schon allein in Vollziehung dieses Gemeinderatsbeschlusses hatte der Bürgermeister einen Handlungsbedarf. Sonst hätte er wahrscheinlich genau von ihnen den Vorwurf erhalten, dass es zwar einen Gemeinderatsbeschluss gebe, der Bürgermeister aber nichts mache. Es kam ja ein Vorwurf dieser Art auch monatelang vor Fassung dieses Grundsatzbeschlusses, wobei ihre Verzögerungstaktik ganz einfach keine frühere Beschlussfassung durch den Gemeinderat zugelassen hat.

Ich ersuche daher, auf den Boden der Sachlichkeit zurückzukehren und betone nochmals, dass wir sehr wohl einen anderen Standpunkt zu dieser Thematik akzeptieren. Wir haben als Sozialdemokraten einen anderen Zugang zu Integrationsfragen wie die

übrigen Fraktionen, was wir aber niemand zum Vorwurf machen, denn es handelt sich hierbei um die legitime tägliche politische Auseinandersetzung und letztendlich wird die Wählerin bzw. der Wähler darüber entscheiden müssen, welcher Weg der richtige ist, aber das kann man nicht über haltlose Vorwürfe hinsichtlich einer Rechtswidrigkeit und einer Rechtsunwirksamkeit erzwingen.

In diesem Sinne appelliere ich an die ÖVP, diesen offensichtlich unter irrigen Voraussetzungen formulierten Antrag zurückzuziehen.

GR. Dr. Rabl: Prinzipiell muss ich sagen, dass die Vergabe des Auftrages in Zusammenhang mit der Integrationsstudie durchaus intransparent und fragwürdig erfolgte. Zum Rechtlichen komme ich noch später, aber wenn ich auf den politischen Teil vorerst zu sprechen komme, darf ich doch festhalten, Herr Bürgermeister, dass einvernehmlich zwischen den Fraktionen ein Lenkungsausschuss eingerichtet wurde. Bevor wir noch diesen Grundsatzbeschluss fassten, haben wir darüber diskutiert, womit sich dieser Lenkungsausschuss beschäftigen könnte und dann tagte seit diesem Grundsatzbeschluss im Dezember vorigen Jahres der Lenkungsausschuss bislang nur ein einziges Mal, und das bei einem so wichtigen Thema wie der Integration, das fast jeden Welser betrifft. Was passierte eigentlich nach dieser einen Sitzung des Lenkungsausschusses? Es passierte nicht wirklich etwas. Die zentrale Frage, Grundlage bzw. Basis für das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit ist nun einmal diese Integrationsstudie, es wurde aber weder eine Diskussion über die Fragestellung durchgeführt noch über das Institut, an welches dieser Auftrag vergeben werden soll. Es wurde nicht einmal über die Höhe der Kosten diskutiert. Eigentlich wurde in Zusammenhang mit dieser Integrationsstudie über gar nichts diskutiert. Und das muss man ihnen zum Vorwurf machen, Herr Bürgermeister, wobei sie sich von diesem Vorwurf nicht freisprechen können. Wozu braucht man denn einen Lenkungsausschuss, wenn dann wieder nichts passiert? Solch einen Lenkungsausschuss allein als Alibi-handlung zu installieren, dafür sind wir uns eigentlich zu gut. Wenn dort eh nichts Relevantes diskutiert wird, ziehen wir uns vielleicht aus diesem Ausschuss zurück. Das wäre ebenfalls eine Möglichkeit, denn es kann doch nicht sein, dass sozusagen die wichtigen Dinge vom Herrn Bürgermeister allein beschlossen werden, während man die unwichtigen Dinge zur Abschassung oder Beruhigung in einem Lenkungsausschuss hingeschmissen bekommt. Also, das kann bitte nicht sein und das lassen wir uns in diesem Zusammenhang auch nicht gefallen! Deswegen verstehe ich es auch sehr gut, wenn sich der Kollege Holter so erzürnt zeigt. Diese Vorgangsweise stellt ganz einfach ein Spiegelbild des Allmachtsdenkens der SPÖ dar, die offenbar der Meinung ist, dass sie mit mehr als 50 % eh machen kann, was sie will. Nun, es kann schon sein, dass das jetzt funktioniert, aber vielleicht kommen wieder andere Zeiten und es wird wieder anders ausschauen. Kritisieren muss man eine solche Haltung jedenfalls, vor allem auch hier im Gemeinderat.

Was nun die rechtliche Seite betrifft, Folgendes. Ich glaube, dass weder Hermann Wimmer noch Karl-Georg Holter feststellen können, was rechtswidrig ist und was nicht. Das können Gerichte tun, maximal unabhängige Vergabesenate, letztlich der Verwaltungsgerichtshof, aber sonst niemand. Genauso ist es in Bezug auf die Rechtswirksamkeit von Verträgen. Bitte, wo kommen wir hin, wenn plötzlich der Gemeinderat drüber bestimmen kann, ob ein Vertrag rechtswidrig ist oder nicht bzw. ob er aufzuheben sei oder nicht. Das wäre ja schlichtweg eine Katastrophe, denn da könnte ich schon deshalb keinen Kaufvertrag mehr abschließen, weil ich ständig fürchten

müsste, dass die SPÖ in der nächsten Gemeinderatssitzung sagt, der Kaufvertrag vom Rabl ist rechtswidrig und deshalb aufzuheben.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Der Antrag hier stammt aber nicht von uns!

GR. Dr. Rabl: Das ist wohl nicht das geeignete Gremium, wo derartige Feststellungen zu treffen sind. Die Rechtmäßigkeit kann allenfalls vom Gericht festgestellt werden, aber keinesfalls vom Gemeinderat! Und das ist der Grund dafür, dass wir diesen Abänderungsantrag einbrachten. Aus unserer Sicht ist jedenfalls der Vergabevorgang zu überprüfen – der Kollege Holter hat das sehr exakt ausgeführt – und es sollte einmal für alle Fraktionen transparent offengelegt werden, wie das konkret aussieht, wie lautete der Vergabevorschlag und welche Regeln waren hier einzuhalten bzw. wurden diese wirklich beachtet? Und wenn hier immer wieder kryptisch angedeutet wird, dass diese Studie in etwa 30.000 Euro kosten würde und es diese oder jene Kostenbeteiligung gebe, dann muss ich sagen, dass wir das eigentlich auch nicht so genau wissen. Das sind eben Dinge, die dazu beitragen, das Misstrauen in die Politik zu verstärken und wo wir – als solche sehen wir uns – als Oppositionspartei angehalten sind, unsere Kontrollrechte wahrzunehmen. Das ist aber schon der nächste Punkt, nämlich die Kontrolle.

Sinnvoll wäre es, dass sie selbst, Herr Bürgermeister – der Vorwurf steht ja im Raum, dass die Vergabe nicht ganz korrekt war – die Kontrollstelle beauftragen und sagen: Liebe Kontrollstelle, schau dir das bitte an und schau es dir nicht nur an, sondern stelle vielmehr allen Fraktionen die entsprechenden Unterlagen in Zusammenhang mit diesem Vergabevorgang zur Verfügung. Wir wissen zwar, dass die Kontrollstelle eine sehr unabhängige Stelle ist, aber auch sie könnte einmal etwas übersehen. Und um solchen Eventualitäten von vornherein zu entgehen, möchten auch wir als Fraktionen uns selbst informieren können. Das wäre eine Vorgangsweise, wie man sie sich auch von ihnen, Herr Bürgermeister, erwarten könnte.

Deshalb stelle ich jetzt den Geschäftsordnungsantrag, den Initiativantrag der ÖVP-Fraktion dem Präsidialausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen. Das sollte insbesondere dazu dienen, dass die Kontrollstelle zuvor auch noch einen Bericht darüber abgeben kann, ob alle notwendigen Unterlagen vorliegen und in welcher Weise vorgegangen wurde, denn erst dann ist es möglich, darüber zu entscheiden, ob das, was hier passiert ist, korrekt war oder nicht und wie politisch sowie inhaltlich weiter vorzugehen ist.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Dr. Rabl auf Zuweisung gst. Initiativantrages an den Präsidialausschuss zur weiteren Beratung wird bei

gegen 6 Ja-Stimmen (FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
29 Nein-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Anreitter: Ich habe jetzt die unangenehme Aufgabe, sagen zu müssen, dass ich dem Kollegen Rabl in diesem Fall zustimme. Das ist mir nicht wahnsinnig angenehm,

aber ich finde, dass eine solche Überprüfung sehr wohl angebracht erschiene. Inhaltlich möchte ich aber dessen ungeachtet sehr wohl festhalten, dass wir in Fragen der Integration ganz gegensätzlicher Meinung sind. Im Antrag der ÖVP, im Abänderungsantrag der FPÖ und auch in der Argumentation des Herr Dr. Rabl ging es aber im Prinzip überhaupt nicht um Inhalte bezüglich Integration selbst, sondern vielmehr um formale Dinge. Und was diese formalen Dinge betrifft, muss ich sagen, dass meine Meinung in hohem Maße – vielleicht zu 90 % – deckungsgleich mit anderen Aussagen ist, das heißt, diese Vergabe ist auch aus unserer Sicht nicht transparent. Das hätte ich mir anders gewünscht, wobei anzumerken ist, dass bei solchen Vorgangsweisen der Lenkungsausschuss tatsächlich keinen Sinn macht.

Insgesamt darf ich festhalten, dass ich dem Abänderungsantrag der FPÖ zustimmen werde. Sollte es hier zu einer Ablehnung kommen, werde ich anschließend dem Hauptantrag nicht zustimmen, weil ich ebenfalls der Meinung bin, dass hier dem Gemeinderat eine Feststellung darüber, ob die Vergabe rechtswidrig war oder nicht, eigentlich nicht zukommt. Im Abänderungsantrag wird hingegen festgehalten, dass diesbezüglich dem Gemeinderat ein klärendes Papier vorgelegt werden soll und das finde ich richtig.

StR. Strassl: Der Kollege Holter hat ja diese rechtliche Komponente bereits sehr ausführlich und gut dargelegt. Da hat sich ein Jurist oder Fastjurist ganz ordentlich mit diesen Dingen beschäftigt.

Herr Kollege Wimmer! Sie haben Recht darin, dass wir einen anderen Zugang zum Thema Integration als sie bzw. ihre Fraktion haben. Sie sagen, sie würden diesen anderen Zugang akzeptieren und sicher akzeptieren wir auch ihre Meinung hiezu. Das hat nichts mit falsch oder richtig zu tun, das heißt, es handelt sich hier einfach um andere Meinungen. Diese unterschiedlichen Meinungen, die sich auch bei der Abstimmung über einen Antrag ausdrücken können, dürfen andererseits nicht dazu führen, dass wir von der Information abgeschnitten werden. Ich sage das auch deshalb, weil ich zuerst den Herrn Bürgermeister so im Hintergrund hörte, als er sagt: Na, sie haben ja dem Grundsatzbeschluss nicht zugestimmt. Er sagte das, als es zuerst einmal um die Nichtbefassung des Lenkungsausschusses ging. Trotzdem wäre es interessant, die Informationen bis ins Detail zu bekommen, auch wenn wir beim Thema Integration nicht ihrer Meinung sind.

Ich möchte jetzt aber auf eine andere Diskussionsschiene kommen, denn es gibt ja in Zusammenhang mit dieser Ausschreibung oder Vergabe auch eine politische Komponente.

Gibt man solch eine Studie in Auftrag, wird man sich selbstverständlich zuerst einmal nach Instituten etc. umsehen, die so etwas machen können, um dann in weiterer Folge vermutlich – wir wissen ja nicht, wie das genau abgelaufen ist – eine Ausschreibung durchzuführen. Da es sich um ein sehr brennendes Thema handelt – wir haben ja im Dezember 2007 bei der Grundsatzbeschlussfassung entsprechend diskutiert – das auch von allgemeinem Interesse ist, wird alles mit den im Gemeinderat vertretenen Fraktionen abgestimmt, sollte man zumindest meinen.

Nachdem in Österreich bereits sehr viele Kommunen Integrationsstudien in Auftrag gegeben haben, nehme ich an, dass schon gewisse Erfahrungswerte mit solchen Dingen vorliegen und Wels das Rad nicht unbedingt neu erfinden musste. Es wurden sicher alle namhaften Institute, die schon erfolgreich solche Studien verfassten,

beispielsweise für das Land Oberösterreich, für Tirol, für die Städte Bregenz, Dornbirn, Krems – ich könnte ihnen eine ganze Menge aufzählen – zu einer Anbotstellung eingeladen; wir wissen es aber nicht genau.

Und so bin ich hergegangen, um mir dieses Institut für Kinderrechte und Elternbildung etwas genauer anzusehen. Ich ging ins Internet und fand gleich vorne folgende Hauptthemen, zu denen bislang gearbeitet wurde. Da gibt es Studien zu den Themen

Kind und Alkohol

Kinder mit geistiger Behinderung und ihre Integration

Alles Super-Nanny, Erziehung also Doku-Soup

Individuelle Machbarkeit aktiver Vaterschaft

Die letzte Studie aus dem Jahr 2007 habe ich mir dann etwas genauer angeschaut. Es war das eine sehr wegweisende Untersuchung über „Nahrungsangebot in Automaten von Wiener Schulen“ im Auftrag der Arbeiterkammer Wien. Es würde mich natürlich interessieren, ob diese Studie ebenfalls 30.000 Euro kostete, wobei es andererseits mit 25 Euro Telefonkosten abgehen müsste, solch eine Studie zu erstellen, denn da bräuchte man ja nur den Schulwart anrufen und fragen, was er jeden Tag in den Automaten hineinfüllt. Was dabei herausgekommen ist, habe ich auch noch gelesen. Es ist so, dass es in 90 % aller Wiener Schulen einen derartigen Automaten gibt und dass dort das Cola zwischen 90 Cent und € 1,30 kostet.

Von dem, was ich hier an Themen las, möchte ich nicht sagen, dass das alles unwichtige Themen oder Projekte sind, aber andererseits prädestiniert das alles nicht unbedingt das bezeichnete Institut dafür, zu diesem eher schwierigen Thema der Integration in Wels eine Studie zu erstellen. Dann dachte ich mir: Gut, vielleicht gibt es bei diesem Verein Personen, die besondere Referenzen auf dem Gebiet der Integration haben. Nun, der Vorsitzende bei diesem Verein ist ein völlig „unverdächtiger“ Professor Karl-Heinz Braun aus Magdeburg. Der ist zufällig seit 1983 pädagogischer Berater der Österreichischen Kinderfreunde. Die zweite führende Person laut Homepage ist die Soziologin Magistra Gabriele Stampler und die ist zufällig die familienpolitische Referentin der Österreichischen Kinderfreunde. Ein dritter Mitarbeiter, der dort steht, ist Herr Magister Winfried Moser, der als Mail-Adresse gleich einmal [winfried.moser@kinderfreunde.at](mailto:winfried.moser@kinderfreunde.at) hat.

Und dann stellt man auch noch fest, dass dieses Institut im selben Gebäude wie die Kinderfreunde Österreichs untergebracht ist. Die haben zwar eine andere Adresse, aber wer sich in Wien auskennt, weiß, welche Gewohnheiten es dort gibt. Es handelt sich also um ein Eckgebäude. Bei den Kinderfreunden geht man in der Rauhensteingasse hinein und dieses Institut hat dann seinen Eingang um´s Eck.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Und hat du ein Foto auch noch gemacht?

StR. Strassl: Selbstverständlich! Wahrscheinlich haben sie dort auch eine Durchreiche oder ein gemeinsames Raucherzimmer.

Ebenso zufällig wird wahrscheinlich sein, dass die Internet-Domain, über welche man dieses Institut erreicht, den Kinderfreunden Österreichs gehört. Das habe ich mir heute noch an entsprechender Stelle angesehen.

Wissen sie, ich bin jetzt schon in einem Alter, in dem man nicht mehr so stark an den Osterhasen und an den Nikolaus glaubt. Und bei einer derartigen Häufung von Zufällen funktioniert es auch mit der Wahrscheinlichkeitsrechnung nicht mehr. Man ist also doch etwas skeptisch und wenn man böse ist – es ist doch so, dass hier die SPÖ, welche aber ohnehin die Mehrheit hat, gemeinsam mit den GRÜNEN einen Beschluss im Gemeinderat gefasst hat – könnte man sagen: Die SPÖ Wels habe hier einer SPÖ-Organisation in Wien einen durchaus schönen Auftrag zukommen lassen.

Man braucht aber überhaupt nicht böse zu sein, um festzustellen, dass die Kinderfreunde ganz eindeutig eine Organisation der SPÖ sind. Ich habe mir auch ein Statut der SPÖ herausgeholt, das sehr interessant zu lesen ist – ich würde dies allen empfehlen ....

Zwischenruf Vzbgm. Hochhauser: Hoffentlich nicht in der Dienstzeit!

StR. Strassl: Wissen sie, wenn ein Thema wichtig ist, muss man sich auch entsprechend Zeit für dieses Thema nehmen. Die Integration ist uns nun einmal wichtig – das ist kein Ding, das man so irgendwie flockig macht – und so habe ich mich mit diesem Thema bzw. mit dieser Ausschreibung zumindest von der politischen Seite her etwas intensiver beschäftigt.

§ 64 des SPÖ-Organisationsstatutes besagt Folgendes: „Die Österreichischen Kinderfreunde sind eine Familienorganisation und erfüllen ihre Aufgaben aufgrund ihrer Statuten im engsten Einvernehmen mit den Parteiorganisationen. Die Beschlüsse der Bundeshauptversammlung und des Bundesvorstandes sind dem Bundesparteivorstand zur Kenntnis zu bringen. Die Grundsätze für die Arbeit der Kinderfreunde sind dem Bundesparteitag zur Bestätigung vorzulegen. Deren Statuten bedürfen der Zustimmung des Bundesparteivorstandes. Das Bundessekretariat der Kinderfreunde ist der Bundesgeschäftsstelle der SPÖ angegliedert.“

Gehen wir nun einmal von dieser Bestimmung aus, auch wenn dieses Institut als Verein dargestellt wird. Dieses Institut gehört also der SPÖ bzw. den Kinderfreunden und wenn man böse ist, kann man sagen, dass hier ein Auftrag der SPÖ Wels an die SPÖ-Organisation in Wien gegangen ist. Und diese Studie wird übrigens – ich habe das nur der Zeitung entnommen – zu 50 % vom SPÖ-Landesrat Josef Ackerl gefördert, der zufällig der Bundesvorsitzende der Kinderfreunde ist.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Jetzt müssen wir wohl auch noch den Rechnungshof einschalten, denn nun wird es wirklich dramatisch!

StR. Strassl: Es handelt sich somit um ein Auftragswerk an eine SPÖ-Organisation von einem SPÖ-Auftraggeber, mitfinanziert vom Bundesvorsitzenden der Kinderfreunde.

Wissen sie, man kann mit diesen Dingen sorgsam umgehen, aber genauso kann man damit politisch etwas schludrig umgehen. Es ist jedenfalls nicht anzunehmen, dass die Kinderfreunde Fehlentwicklungen sozialdemokratischer Integrationspolitik in Wels aufzeigen. Das würde ja heißen, dass man auch noch schriftlich zugibt, Fehler gemacht zu haben. Aber sagen sie mir doch angesichts dessen in aller Öffentlichkeit etwas über den Wert dieser Studie. Ich könnte ihnen auf der Stelle zehn verschiedene Institute nennen, die in den letzten drei Jahren wirklich seriöse, gute Studien machten, nämlich für SPÖ- und ÖVP-Gemeinden, für das Land Oberösterreich, für das Land Salzburg, für

das Land Tirol. Und so entsteht ganz einfach der Verdacht, nachdem niemand – nicht einmal die GRÜNEN dürften etwas gewusst haben – etwas von der Vergabe dieser Studie wusste und natürlich außer der SPÖ jede andere Partei von dem ganzen Drumherum abgeschnitten war – wir haben davon eigentlich nur aus der Zeitung erfahren und der Herr Bürgermeister bestätigte, dass er diesen Auftrag vergeben habe – können wir über diese Vorgänge nur Mutmaßungen anstellen. Ich bin halt hergegangen und habe mir all die genannten Dinge aus dem Internet herausgeholt, um dann eins und eins zusammenzuzählen. Bei mir ist zwei herausgekommen und ich weiß nicht recht, ob vielleicht bei jemand anderem angesichts dieser Addition etwas anderes herauskommt. Auf alle Fälle haben sie in Zusammenhang mit dieser so wichtigen Sache oder Auftragsvergabe der Stadt Wels einen Bärenendienst erwiesen. Wir sind zur Zeit weg, total weg von einer sachlichen Auseinandersetzung, weil niemand Informationen weitergibt. Sind sie doch alle zusammen einmal ehrlich. Ich glaube nicht, dass wir als ÖVP die einzigen hier herinnen sind, welche diese Sache als etwas sonderbar betrachten. Oder sieht das jemand anders?

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Ich sehe es anders! Ich muss das sagen, weil sonst sagt er bei der nächsten Sitzung, wir sind alle seiner Meinung, weil ihm niemand widersprochen hat.

StR. Strassel: Gut, es bleibt natürlich jedem unbenommen, anderer Ansicht zu sein.

Eine kleine rechtliche Frage hätte ich jetzt aber auch noch. Ich bin kein Jurist, aber vielleicht kann mir diesbezüglich jemand eine Antwort geben. Ich habe jetzt nichts von „widerrechtlich“ gesprochen, aber wie steht es jetzt um den Bereich der Befangenheit? Wir haben einen Initiativantrag gestellt und letztlich geht es ja um eine Abstimmung hierüber. Nun ist es aber so, wie wir feststellten, dass die Kinderfreunde eine SPÖ-Organisation sind. Und jetzt nehmen wir einmal an, dass alle Gemeinderäte, die hier für die SPÖ herinnen sitzen, tatsächlich bei der SPÖ sind, nämlich auch als Mitglieder. Ist es aber möglich, wenn von der SPÖ eine Auftragsvergabe an ein SPÖ-Institut erfolgt, dass dann die SPÖ hier überhaupt mitstimmen darf?

Bmg. Dr. Koits: Herr Kollege Strassl! Ich bin eh sehr großzügig in der Auslegung der Geschäftsordnung, aber irgendwo hat doch alles seine Grenzen!

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Das ist die heutige Hitze!

StR Dr. Wieser: Ich war in dieser Sitzung des Lenkungsausschusses am 10. März anwesend und Herr Magister Holter erwähnte zuerst richtigerweise, dass ich mich dort etwas überrascht zeigte, als wir davon erfuhren, dass der Auftrag für die Erstellung dieser Studie bereits vergeben war. Ich fragte dort, wann nun eigentlich die Sache mit der Studie angegangen wird und darauf erfuhr ich, dass bereits ein entsprechender Auftrag an ein Institut vergeben worden sei, das schon viele derartige Studien machte. Dieses Institut wäre unabhängig usw., das heißt, die Sache mit dieser Vergabe ginge schon in Ordnung. Es hieß auch, dass das dort und da schon beschlossen worden sei, was mich insofern perplex machte, weil ich mir dachte, dass ich womöglich irgendetwas versäumt oder übersehen haben würde. Im Nachhinein wurde ich dann aber noch über vieles gescheiter.

Mir ist im Nachhinein bewusst geworden, dass es in dieser Sitzung des Lenkungsausschusses keinen Hauch eines Hinweises darauf gab, um welches Institut es sich

dabei handeln würde und es gab auch nirgends auch nur einen Hauch an Information, welche Struktur diese Studie haben könnte. Das hat mich auch deshalb geärgert, weil wir ja schon vor ca. zwei Jahren so etwas beantragt haben. Wir wollten eine echte Analyse der Ausländersituation in Wels haben, wo es zur Beantwortung der wichtigsten Fragen – wie lange wollen die Leute bleiben, auf welche Art und Weise kamen sie hierher, wie groß ist ihre Familie, welche Perspektiven werden gesehen etc.– kommen sollte, nicht etwa nur zu einer Befragung von Schulkindern dahingehend, wie sie sich in Gesellschaft von ausländischen Kindern fühlen.

Also, dass hier der Lenkungsausschuss einberufen wurde, dieser aber nicht einmal eine Mitgestaltungsmöglichkeit in Richtung Struktur und Fragenstellung hatte, das ist schon etwas eigenartig, Herr Bürgermeister. Ich weiß nicht, was sie sich in diesem Zusammenhang vorstellen und was sie sich von uns überhaupt erwarten. Ist das sowieso nur eine Art von Formalität, wenn wir zu solch einer Sitzung eingeladen werden? Da wäre doch irgendwo schade um die Zeit.

Ich war ein bisschen verblüfft, als auf Befragung von der zuständigen Beamtin sofort bzw. wie aus der Pistole geschossen der Name dieses Instituts kam. Ich dachte mir: Wieso hat die so schnell jemand Kompetenten gefunden? Jetzt ist mir aber klar, dass das ihre Freunde sind bzw. ihre Bekannten aus der Organisation. So war es anscheinend für sie, Herr Bürgermeister, sehr naheliegend, diesen Auftrag dort hinzugeben, denn damit konnten sie sich auch ganz sicher sein, in dieser Studie genau das lesen zu können, was sie lesen möchten. Damit können sie dann genau jene Schlüsse ziehen, die sie jetzt schon aus ihrem Gesamtbild über die Integration ziehen, obwohl – wie wir bereits hörten – doch gewisse Unterschiede bestehen.

Diese Vorgangsweise bei der Auftragsvergabe, Herr Bürgermeister, wie sie hier passiert ist, nämlich ohne Einbindung der anderen – man hätte doch sagen können: schaut her, das wollen wir haben und seid ihr damit einverstanden – dürfte sich jetzt schon wieder auf andere Art und Weise wiederholen. Ich denke zurück und stelle mir vor, dass ich doch ziemlich blauäugig war, als sie mir im Stadtsenat erzählten, dass man jetzt nach acht Jahren das Amtsblatt neu gestalten müsse, weil die Bilder nicht mehr scharf sind und weil es auch sonst nicht mehr modern ist. Ich habe zwar grundsätzlich nichts dagegen, wenn Ausschreibungen durchgeführt werden bzw. bin ich sogar froh darüber, aber ich habe festgestellt, dass das Amtsblatt in den letzten Wochen wieder absolut an Qualität gewonnen hat. Und die Bilder von ihnen, Herr Bürgermeister, sind wirklich gut. Sie sind auf 14 Seiten 16 mal derart gut abgebildet, dass man vor Neid darüber, wie scharf sie abgebildet sind, ziemlich erblassen könnte. Der Kollege Ploier und ich haben es nur auf zwei Abbildungen gebracht .....

Bgm. Dr. Koits: Herr Dr. Wieser! Wir sind beim Thema ....

StR. Dr. Wieser: Ausschreibung!

Bgm. Dr. Koits: .... Integration!

StR. Dr. Wieser: Jetzt kommen sie noch mit dem Grund daher, dass das Amtsblatt zu klein ist! Das Amtsblatt ist größer als die Zeitung „TIPS“.

Bgm. Dr. Koits: Herr Dr. Wieser, wenn sie möchten, kann ich ihnen auch das Wort entziehen! Wir sind beim Thema Integration und wenn sie meinen, können sie ja

ebenfalls irgendwelche Anträge zu einer Sitzung abgeben. Dann wird auch ihr Antrag oder ihr Thema behandelt, aber heute schweifen sie bitte nicht vom vorgegebenen Thema ab!

StR. Dr. Wieser: In den OÖ Nachrichten stand heute, dass das Thema im Gemeinderat behandelt wird!

(Gelächter!)

Bgm. Dr. Koits: Das weiß ich nicht, woher die Nachrichten diese Information haben!? Bitte zur Tagesordnung!

StR. Dr. Wieser: Na gut! Ich möchte ihnen nur noch sagen, Herr Bürgermeister, dass die Art und Weise, wie sie bei der Vergabe der Integrationsstudie vorgegangen sind, sich nun bei der Neuvergabe des Amtsblattes neuerlich anbahnt. Auch hier schaut es so aus, als würde wieder ein SPÖ-nahes Institut einen Auftrag erhalten, damit ja alles im Geschäftsbereich der SPÖ bleibt. Ich hoffe natürlich nicht, dass sich das wiederholt, nach allem was jetzt zur Vergabe dieser Integrationsstudie gesagt wurde. Mit dieser Darstellung stehen sie wirklich nicht gut da, Herr Bürgermeister, denn dieses Thema hätte sich wirklich eine andere Vorgangsweise verdient.

GR. Reindl-Schwaighofer: Vor allem Herrn Stadtrat Strassl ist für die Einführung in das Organisationsstatut der SPÖ und der Kinderfreunde zu danken, aber wenn er deshalb, weil das Institut eine ähnliche Adresse wie die SPÖ hat oder weil das Institut nur um's Eck hinüber zu Hause ist, in den Raum stellt, dass das automatisch ein SPÖ-Institut ist, dann sieht man ja, worum es in Wirklichkeit geht. Es geht darum, dass ein Thema, bei dem die ÖVP und auch die FPÖ in den letzten Monaten in Wirklichkeit nur auf Destruktion setzten, gar nicht nach dem Inhalt diskutiert wird, sondern es wird vielmehr versucht, über die Geschäftsordnung, über das Anpatzen von Funktionären bzw. von Mandataren Politik zu machen.

Zwischenruf StR. Strassl: Dieses Institut gehört den Kinderfreunden!

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich habe dir zuerst relativ geduldig zugehört, was du gesagt hast und nehme wohl an, dass das von dir Gesagte unter dem Einfluss der großen Hitze passiert ist. Ich kann dir nur eines sagen: Dieses Institut ist als eigener Verein organisiert und wenn in diesem Institut Menschen arbeiten, die auch in anderen Zusammenhängen tätig sind, dann kann man, wenn man will, sicher etwas konstruieren, aber das, was du, lieber Roland Strassl, gemacht hast, das war jetzt sehr theaterreif. Das passte recht gut auf die Bühne irgendeiner Schmierenkomödie, aber sicher nicht in den Gemeinderat der Stadt Wels.

Ich möchte jetzt aber wieder sozusagen den Boden herstellen, um den es in Wirklichkeit geht. Wenn jetzt daran gezweifelt wird, dass uns die Studie, welche jetzt von dem beauftragten Institut gemacht wird, in Wels weiterbringt, dann möchte ich nur auf unsere gemeinsame Diskussion im Lenkungsausschuss hinweisen. Das Problem war ja wirklich jenes von Gemeinderat Buttinger angeschnittene, nämlich dass bei jeder Verhandlung jemand anderer da saß und wir erst wieder bei Adam und Eva beginnen mussten. Jedenfalls haben wir uns dort auch mit der Integrationsstudie des Landes Oberösterreich befasst, wobei wir uns in der Diskussion darauf einigten, dass diese Studie des Landes bereits sehr wichtige Bereiche ausgeleuchtet hat und wir deshalb in der Stadt mit unserer eigenen Studie schauen sollten, wie wir gewisse Dinge auf den

Punkt bringen könnten. Abgesehen davon mussten wir ja hier im Gemeinderat die grundsätzliche Bereitschaft, eine Integrationsstudie herstellen zu lassen, ohne die Stimmen von ÖVP und FPÖ festmachen, weil ja weder die ÖVP noch die FPÖ dazu bereit sind, zum Thema Integration eine gemeinsame Politik in Wels zu führen.

Ich denke mir also, dass man die heutige Diskussion auf diese vorhin beschriebene Nichtbereitschaft zurückführen muss. Es geht ihnen nicht darum, zu schauen, wie wir in Wels eine Integrationspolitik machen können, die uns allen gemeinsam zur Ehre gereicht. Ihnen geht es also ein Jahr vor der nächsten Gemeinderatswahl nur darum, eine entsprechende Destruktionspolitik zu betreiben und zu schauen, dass dieses Thema immer wieder aufgewärmt wird. Vor dem Grundsatzbeschluss kam immer wieder der Vorwurf, die SPÖ würde nichts unternehmen, beispielsweise in Richtung Erstellung einer Integrationsstudie und nach Beauftragung dieses Institutes kommt der Vorwurf, dass etwas gemacht werde, das nicht mit den anderen abgesprochen sei. Das zeigt nur, dass es der ÖVP und der FPÖ nicht um die Politik geht, sondern um eine Skandalisierung, und das ist abzulehnen.

Der Fraktionsvorsitzende der SPÖ, Vizebürgermeister Wimmer, hat die Position der SPÖ-Fraktion beschrieben und ich denke mir, dass diese Position jene ist, die sich zuletzt durchsetzen wird. Sie können jedenfalls alles tun und durchsuchen, sie werden in diesem Bereich keine Verfehlungen finden.

GR. Dr. Rabl: Wenn man dieser Diskussion heute zuhört, gewinnt man leider den Eindruck, dass die SPÖ die Meinung des Volkes nicht hört, nicht kennt und nicht zur Kenntnis nimmt. Man geht eher dazu über, das Volk auszutauschen als darauf zu hören, was das Volk wirklich will. Es fehlt mir in dieser Diskussion auch ein klares Bekenntnis dazu, dass dieses Institut nicht der Blinddarm der SPÖ ist und genauso fehlt mir ein klares Bekenntnis dazu, dass dieses Institut unabhängig ist. Und, Herr Bürgermeister, all die Wortmeldungen, die wir bislang hörten, egal ob sie so „geistreich“ wie jene vom Kollegen Wimmer waren oder so wie vom Kollegen Reindl-Schwaighofer, der Verdacht konnte nicht zerstreut werden. Vielleicht ist es am besten, ich probiere es nochmals.

Im Stadtstatut, Paragraph 39, ist vorgesehen, dass Gemeinderäte – es reicht hier schon ein Drittel aus – den Antrag stellen können, eine bestimmte Sache der Kontrollstelle zur Überprüfung zuzuweisen. Vielleicht wäre es eine Möglichkeit und ich stelle diesen Antrag, diese Causa der Kontrollstelle zuzuweisen und ersuche um Abstimmung hierüber. Wenn man die Meinung vertreten sollte, eine derartige Antragstellung sei nur schriftlich möglich, werde ich gerne die ÖVP dazu einladen, den Antrag mitzuunterfertigen. Mit einer solchen Beauftragung käme es endlich auch zu einer Offenlegung der Vorgänge, weil wir Fraktionsvorsitzende bekanntlich auch die Möglichkeit zur Akteneinsicht genießen. Da werden wir uns dann eben anschauen, ob es so wie dargelegt ist oder nicht. Tatsache ist jedenfalls, dass die SPÖ, so wie es derzeit aussieht, ihre Allmacht, ihre absolute Mehrheit brutal ausnützte, aber aus meiner Sicht ist das aufklärungsbedürftig und sollte tatsächlich aufgeklärt werden.

GR. Anreitter: Ich möchte nochmals klarstellen, dass es mir nicht um den Inhalt geht, lieber Johnny. Es ist für mich mehr eine Frage des Stils, der Statuten oder der rechtlichen Sache, denn zumindest im vorliegenden Antrag steht für mich nichts drinnen, was den Inhalt selbst berührt. Diese Diskussion ging zumindest anfänglich

wirklich sehr um diese rechtlichen Dinge und persönlich muss ich sagen, dass ich mit der angewandten Praxis auch nicht einverstanden bin.

In der heute in den OÖ Nachrichten geführten Diskussion ging es offenbar um andere Dinge, die in einem anderen Bereich relevant sind. Ich kann jetzt nicht beurteilen, ob die Vorgänge rund um die Ausschreibung des Amtsblattes so stimmen, wie sie dargelegt wurden, aber wenn sich etwas immer wieder ereignet – man hat das Gefühl, dass es so wäre – .....

Bgm. Dr. Koits: Herr Kollege Anreitter, für sie gilt das gleiche wie für Herrn Dr. Wieser!

GR. Anreitter: .... dann ist das für mich ein Thema. Wie ich aber schon sagte, glaube ich, dass das Inhaltliche und das Rechtliche deutlich auseinanderzuhalten ist.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Bgm. Dr. Koits: Gestatten sie jetzt einige Worte von meiner Seite zu diesem Thema.

Das Problem für mich war, dass ich bei der Abfassung sämtlicher Einzelprodukte zum Thema Integration bei den beiden anderen größeren Fraktionen nie einen Ansprechpartner gefunden habe, der ständig mit dem Thema befasst gewesen wäre. Von der ÖVP war es einmal Herr Dr. Ploier, einmal Herr Mag. Holter, einmal Herr Strassl und dann sagte mir Karl-Georg Holter: Herr Bürgermeister, warum haben sie nicht mit mir gesprochen; bei mir wäre das nicht passiert. Bei der FPÖ war es so, dass Herr Dr. Rabl sehr oft eingebunden war und fallweise Herr Dr. Wieser.

Zwischenruf StR. Dr. Wieser: Einmal!

Bgm. Dr. Koits: Nun, bei der FPÖ habe ich von Beginn an gewusst, wie ich dran bin. Ich habe gewusst, dass ich tun und lassen kann, was immer mir gefällt, wir würden nie auf eine gemeinsame Linie kommen, denn zu verschieden sind bei diesem Thema die Ansichten. Das ist nun einmal so!

Bei der ÖVP hingegen habe ich mich in zumindest zehn Gesprächsrunden – einmal mit Herrn Dr. Ploier, einmal mit Herrn Strassl, einmal mit Dr. Ploier und wieder ein andermal mit Strassl – darum bemüht, auf eine Linie zu kommen. Und ich habe sogar Formulierungen seitens der ÖVP in den Gemeinderatsbeschluss aufgenommen, weil ich dachte, es würde doch eine Annäherung geben. Letztendlich konnten sich aber anscheinend die beiden Herren in ihrem eigenen Vorstand nicht durchsetzen. Die Beschlüsse im Vorstand der ÖVP wurden so gefasst, dass sowohl dem Leitbild als auch dem Maßnahmenkatalog nicht zugestimmt werden konnte. Wenn sie sich aber sowohl das Leitbild als auch den Maßnahmenkatalog ansehen, dann steht dort etwas von der Vergabe einer Integrationsstudie drinnen, von der Einrichtung eines Lenkungsausschusses und, und, und. Beiden Vorhaben, sowohl der Inauftraggabe einer Studie als auch der Einrichtung eines Lenkungsausschusses, haben sie bei der Grundsatzbeschlussfassung am 17. Dezember vorigen Jahres eine Absage erteilt. Sie sagten, dass sie das nicht interessieren und sie deshalb einfach dagegen stimmen würden.

Angesichts dessen erhebt sich für mich die Frage, welchen Anspruch sie eigentlich erheben, wenn sie einem zuerst einen Korb geben, dann aber doch wieder mitreden möchten. Da zweifle ich tatsächlich an ihrer Ernsthaftigkeit. Wenn sie bei diesem

Thema wirklich ernsthaft mitarbeiten wollen, sind sie alle herzlichst dazu eingeladen. Das ist wirklich so und ich habe auch immer betont, dass man dieses Thema nur gemeinsam lösen kann.

Und was die Vergabe der Studie betrifft, erfolgte diese aufgrund eines Vorschlages des Landes Oberösterreich an das betreffende Institut. Man sagte uns, dass das ein gutes Institut sei und persönlich kann ich nur sagen, dass ich dieses bis zum Zeitpunkt diese Empfehlung überhaupt nicht kannte. Ich habe mich natürlich in weiterer Folge damit beschäftigt und ich stellte fest, dass beispielsweise das Land Salzburg, das Land Oberösterreich, aber auch das Bundesministerium für Inneres, wenn ich mich recht erinnere – das war noch unter der seinerzeitigen ÖVP-FPÖ-Regierung – einen Auftrag an dieses Institut erteilt. So, und welchen Grund hätte ich dann noch haben sollen, daran zu zweifeln, dass dieses Institut auch für uns eine ordentliche Arbeit liefern könne?

Was nun die angesprochenen Wertgrenzen betrifft, habe ich mich natürlich an den Rahmen unseres Statutes gehalten. Dieses sieht vor, dass bis zu einem Wert von 30.000 Euro Aufträge durch den jeweiligen Referenten vergeben werden können und ich habe in Gesprächen immer wieder betont, dass diese Studie 29.600 Euro kostet. Und diese 29.600 Euro werden zu 50 % von der Stadt Wels und zu 50 % vom Land Oberösterreich getragen.

Ich würde jetzt einmal darum ersuchen, die Ergebnisse dieser Studie abzuwarten. Ich selbst habe in Bezug auf diese Ergebnisse noch keine Ahnung, weil die Arbeiten dazu derzeit laufen. Etwa Ende Juli/Anfang August werden Ergebnisse vorliegen und dann können wir ja weitersehen. Auch sie werden dann sagen können, ob die Studie ihren Erwartungen entspricht oder nicht. Wir können das auch gemeinsam tun sowie die entsprechenden Schlüsse daraus ziehen. Ich lade sie ein, mitzutun. Wollen sie aber nicht mittun, dann deklarieren sie das bitte klar und deutlich. Sagen sie, dass sie nicht gewillt sind, beim Thema Integration auf eine gemeinsame Linie einzuschwenken. Dann kann man das auch entsprechend publizieren und in den eigenen Überlegungen entsprechend berücksichtigen. Sie sind am Zug! Entweder machen sie mit oder sie schließen sich aus! Das ist hier die Frage.

Im Übrigen finde ich es sehr interessant, wenn sie immer auf die Stadt Wels und die Welser SPÖ mit deren Ideologie oder eigenen Vorstellungen hinweisen. Ich habe hier das Leitbild des Landes Oberösterreich zum Thema Integration, das vom Herrn Landeshauptmann unterschrieben ist und von Herrn Landesrat Ackerl. Ich kann ihnen sagen, dass dieses genau deckungsgleich mit all den Vorschlägen ist, welche die Stadt Wels per Grundsatzbeschluss umsetzen möchte. Dieses Leitbild des Landes geht sogar in manchen Bereichen noch weit über das hinaus, was man sich in Wels vorstellt. Ich frage sie also, was sie tatsächlich haben oder erreichen wollen. Wollen sie mitarbeiten oder nicht? Erklären sie sich!

Vzbgm. Dr. Ploier-Niederschick: Zurückkommend auf die zuletzt gestellte Frage des Herrn Bürgermeister möchte ich antworten, dass wir vor etwa zwei Jahren das Thema Integration zu einem breiteren Thema in der Öffentlichkeit machten, das heißt, diese Diskussion wurde seitens der ÖVP begonnen. Wir zeigten diverse Situationen auf und wir sagten – wir tun das bei jeder Diskussion, egal ob diese im Gemeinderat, in irgendwelchen Ausschüssen oder im Stadtsenat stattfindet – dass wir dazu bereit sind, an einer Integrationspolitik mitzumachen, die zu einem gedeihlichen Miteinander von

Inländern und Ausländern führt. Wir sagen aber auch gleichzeitig, dass man Situationen und Problemstellungen nicht schönreden oder totschweigen kann, sondern dass man diverse Bereiche sehr wohl ansprechen muss, um dann auch an entsprechenden Lösungen für die Zukunft zu arbeiten. Und wir haben zu den verschiedenen Bereichen – hier muss ich dem Kollegen Reindl-Schwaighofer widersprechen, der meinte, wir wollten inhaltlich gar nicht diskutieren, was ich wirklich auf das Schärfste zurückweisen muss, und es zeigt das nur, dass du offenbar unsere Papiere nicht durchgelesen hast – welche das Wohnen, die Bildung, die Sicherheit betreffen, ausführliche Leitbilder vorgelegt, die die Grundlage der Diskussion darstellen sollten.

Wenn jetzt also der Herr Bürgermeister die Frage stellt, „wollt ihr mittun oder nicht“, dann beantwortet sich diese Frage eigentlich von selbst, denn wir waren es, die das Ganze erst einmal zu einem breiten Thema machten und so sind wir auch dazu bereit, mitzumachen und mitzudiskutieren.

Wenn nun der Herr Bürgermeister sagte, dass in einem Grundsatzbeschluss zum Thema Integration mitbeschlossen wurde, dass ein Auftrag für die Erarbeitung einer Integrationsstudie erteilt werden soll und er somit glaube, dass diese Auftragsvergabe schon von dieser Warte aus abgedeckt war oder wenn er meint, dass er auch im Präsidialausschuss oder im Stadtsenat für diese Auftragsvergabe zuständig wäre, dann ist diese Argumentation doch etwas kurz gegriffen und es zeigt diese Vorgangsweise auch auf, wie intransparent in Wels von der SPÖ die Integrationspolitik betrieben wird.

Und wenn der Herr Bürgermeister sagte, wir hätten die Erstellung einer Integrationsstudie abgelehnt, dann ist das nur die halbe Wahrheit. Wir haben nämlich – ich habe das sogar schriftlich bei mir – die Erstellung der Studie in der Form, wie das geschehen ist, nur deshalb abgelehnt, weil wir erstens über die Zielsetzung der Studie kein Einvernehmen herstellen konnten bzw. haben wir ja über die Zielsetzung gar nicht diskutiert. Da wurden im Vorfeld des Grundsatzbeschlusses von verschiedenen Seiten Fragen eingesammelt, es kam allerdings nirgends konkret zu einer Beschäftigung damit. Und zweitens haben wir überhaupt nichts davon erfahren, welche Inhalte diese Studie haben soll. Somit meinten wir, dass wir es für eine Feigenblattpolitik halten, wenn auf dieser Basis etwas in Auftrag gegeben wird.

In diesem Zusammenhang sagten wir auch Folgendes. Wenn der Lenkungsausschuss nur ein Alibigremium sein soll und man im Übrigen ohnehin tut, was man seitens der SPÖ tun will, dann glauben wir, dass die Chance für eine effektive Integrationspolitik, die alle Meinungen in der Stadt Wels umfasst, vergeben wurde.

Sich jetzt hinter Formalismen zu verstecken und zu sagen, dass eigentlich sie die wahren Integrationspolitiker sind und alle anderen Parteien, die vielleicht nicht dieselben Ansichten vertreten, sind die Schlimmen oder die Bösen, die sich jeder Diskussion verwehren, das ist eine Vorgangsweise, die ich aus den schon erwähnten Gründen auf das Entschiedenste zurückweise.

Auf die rechtlichen Details gehe ich an dieser Stelle gar nicht mehr ein, weil ich glaube, dass die Diskussion an sich schon sehr transparent zeigte, wie intransparent die Integrationspolitik schon allein aufgrund dieser Auftragsvergabe für eine Studie ist.

GR. Ing. Matzinger: Diese Diskussion um die Auftragsvergabe erscheint mir schon deshalb als sehr, sehr eigenartig, weil anscheinend die SPÖ Wels in einem Cäsaren-

wahn lebt. Das geht nach dem Motto: Wir sind die Mehrheit und wir haben das Recht, alles zu vergeben, wie wir wollen und wir entscheiden alles. Ich möchte aber eigentlich gar nicht darüber diskutieren, wie tief die SPÖ in diesem Verein, der jetzt die Studie erstellen soll, verankert ist, denn die Zufälle sprechen ohnehin für sich. Wenn ein Unternehmen oder in diesem Fall ein Verein eine SPÖ-Organisation braucht – das blieb bislang unbestritten – um auf einer Homepage ersichtlich zu werden, dann frage ich mich doch, wie es im Endeffekt mit der Eigenständigkeit dieses Vereines aussieht. Auch wenn man etwas von einem Herrn Grasser lernt, muss das nicht unbedingt gut sein, Frau Kollegin. Und wenn sich schon dieser Verein als selbstständig erklärt, stellt sich die Frage, warum er sich keine eigene Homepage leisten kann.

Will sich die SPÖ mit dieser Studie ziemlich genau ein Jahr vor der nächsten Gemeinderatswahl von einer ihr nahestehenden Einrichtung – ich formuliere es einmal so, weil alles andere lässt sich nur schwer beweisen – bestätigen lassen, wie toll in Wels die Integration funktioniert?

Zwischenruf GR. Hüttmayr-Punkenhofer: Warten sie doch erst einmal die Ergebnisse ab!

GR. Ing. Matzinger: Wir haben in Wels schon genug Ergebnisse. Der Herr Bürgermeister war zufällig dabei, als ich Folgendes hörte. Ein oder zwei Tage vor der Eröffnung der Fußball-Europameisterschaft fand am Minoritenplatz eine wirklich schöne Veranstaltung des KIWANIS-Clubs statt und da passierte es, dass einer, der in der Nacht aufzupassen hatte, dass im Bereich des Minoritenplatzes nicht etwas Unstimmiges passiert, jemand, der bei einem Busch seine Notdurft verrichtete, ansprach. Und aufgrund dieser Ansprache macht der Betreffende einen Pfiff, worauf zwei oder drei seiner Freunde herkamen und denjenigen, der aufpasste, zusammenschlugen. Das ist schon irrsinnig lässig und überhaupt kein Problem! Fragt man auch noch, welche Sprache diejenigen gesprochen haben, bekommt man höchstens den Eindruck, dass es in Wels keine Kriminalität gebe und Fragen deshalb sinnlos wären. Der Herr Bürgermeister sagte das irgendwo in dieser Richtung. Ob aber jener, der davon betroffen ist oder zusammengeslagen wurde, das auch so sieht, wage ich zu bezweifeln.

Ich komme zu einem zweiten Punkt. Wie schaut es aus, wenn laufend in den Zeitungen steht – wenn nur die Hälfte davon stimmt, ist es schon wirklich genug – was so passiert, beispielsweise in der Noitzmühle, aber auch in anderen Gegenden? Dann muss man sagen, dass wir eigentlich schon genug Integrationsprobleme haben. Es gibt beispielsweise Fußballplätze, die nächtens als Lagerplätze verwendet werden und, und, und.

Wir sind in der Situation, dass wir etliche Kulturen hier in Wels beherbergen und von gewissen unserer Gäste werden diverse Dinge eben nicht so gesehen, wie das in der westlichen Welt üblich ist, das heißt, wir müssten uns an deren Gewohnheiten anpassen und nicht umgekehrt.

So, jetzt machen wir halt eine Integrationsstudie und von der SPÖ-Fraktion wird immer wieder von Verzögerungen gesprochen. Ich möchte jetzt gar nicht näher darauf eingehen, wer immer dieses Thema, die FPÖ oder die ÖVP, und in welcher Form auch immer zuerst angesprochen hat. Eines ist aber sicher: Wir haben gesagt, dass wir in Wels ein Problem haben. Und es wurde diese Sache von der SPÖ immer vehement bestritten, belächelt, bekämpft, in irgendeiner Form mit unqualifizierten Äußerungen abgetan, nämlich gegenüber jenen, die darüber irgendetwas sprachen oder anklingen

ließen. Jetzt aber, meine Damen und Herren, sind wir so weit. Jetzt wird das zu einem richtigen Problem, nachdem sich nun die eine oder andere Partei, weil am Ohr der Bevölkerung befindlich, doch angesprochen fühlt. Bislang waren das ja nur kleine Probleme, beispielsweise dann, wenn unser Stadtrat Klinghuber, dem man ja partout nicht vorwerfen kann, mit Ausländern grundsätzliche Probleme zu haben, sagte, dass man in dem Haus in der Lindenstraße, in dem er wohnte, den Eindruck hätte, als würde man sich in Bagdad oder irgendwo in der Türkei befinden, weil es in diesem Haus genau so aussehe. Ich will daran vor allem deshalb erinnern, weil ja auch schon früher diverse Probleme aufgezeigt wurden, nur ist halt einfach nichts geschehen. Für manche war das alles kein Problem, jetzt wird es aber auf einmal doch ernst. Ich verstehe schon, Herr Bürgermeister, dass sie sich in ihre grauen und grausen Haare greifen, denn offenbar treten die Dinge immer stärker zu Tage. Sie wollen jetzt aber eine für sie und die SPÖ tunlichst günstige Studie erhalten und sie berufen sich auch auf das Land, wobei ja auch beim Land die Dinge erst recht aus einer roten Küche kommen. Oder wollen sie vielleicht behaupten, dass ein Landesrat Ackerl mit den Kinderfreunden nichts zu tun hat? Und so wird genau dieses Institut dazu angehalten oder damit beauftragt, eine Integrationsstudie für Wels zu machen.

Und dann geht das Ganze auch noch möglichst im stillen Kämmerlein vor sich, so wie bei anderen Dingen, wenn man beispielsweise von der Vergabe des Auftrages zur Amtsblattherstellung liest oder wenn man davon liest, dass jetzt Herr Vizebürgermeister Wimmer bereits damit rechnet, dass beim Betrieb des künftigen Science-Centers ein Verlust herauskommen wird. Das ist wirklich interessant, wie sich in gut einem Monat die Sichtweise veränderte, denn zuerst hatten wir ja beim Science-Center einen tollen Gewinn. Da wird es also nach neuestem Stand vielleicht doch Verluste geben, während er auf der anderen Seite sagt, dass ihm 100.000 Euro für die Familien doch etwas zu viel sind, nämlich bei den Kindergärten und Horten. Jedenfalls wird auch das wieder im stillen Kämmerlein ganz allein gemacht. Es wurde dem Lenkungsausschuss der Vertrag nicht vorgelegt, wobei ich ja auch schon auf Ebene der Bundesregierung hörte, dass ein Vertrag nicht vorgelegt worden sei, ein Vertrag über Flugzeugankäufe. Dabei ist es auch schon egal, wer wem welchen Vertrag nicht vorlegt. Vielleicht hat man sich aber auch in diesem Fall auf das gute Beispiel aus Wien besonnen.

Herr Bürgermeister, nehmen sie sich doch ein wirklich gutes Beispiel aus Wien. Ich sage es einmal so: Dort ist die SPÖ draufgekommen, dass es vielleicht doch einmal günstig ist, das Ohr am Puls oder am Mund des Volkes zu haben. Wenn das die FPÖ macht, dann bezeichnen sie das zumeist als Populismus. Aber gut, damit kann ich grundsätzlich leben, denn warum sollte ich denn als Bürgervertreter nicht vorbringen, was den Bürgern im Wesentlichen so alles am Herzen liegt? Eines ist also hochinteressant. Am Montag oder Dienstag stand in der Zeitung, dass man festgestellt habe, dass aufgrund der höheren Polizeipräsenz auf der Straße die Kriminalität in Wien zurückgegangen ist. Welch interessante Sache! Also, wenn wir draufkommen, dass aufgrund einer höheren Polizeipräsenz auf den Straßen die Kriminalität zurückgeht, dann hätten wir uns im Endeffekt auch diese Sache ersparen können. Denken sie also bitte darüber nach, Herr Bürgermeister, wie sie mit solchen Dingen umgehen.

Wenn wir in absehbarer Zeit eine Studie bekommen, für die wir 30.000 Euro zahlten, dann sollte diese Studie für alle hier im Gemeinderat so unbestritten sein, das im Endeffekt jeder sagt: Das ist eben so. Wenn sie aber mit ihrer parteipolitischen Vergabe der Studie schon von vornherein einen Mantel drüberhängen und damit verbunden wahrscheinlich herauskommt, dass in Wels alles in Butter ist, dass alles Liebe und

Griesschmarren ist, so ungefähr wie die Liebe zwischen den Kollegen Holter und Wimmer, dann ist es schade, diese 30.000 Euro ausgegeben zu haben. Also – das ist meine Bitte in Zusammenhang mit dieser Studie – versuchen sie wirklich darüber nachzudenken, dass wir eine tatsächlich unabhängige und über jede Parteilichkeit erhabene Institution bekommen und dass wir vom Verfasser eine Studie erhalten, in der wir uns alle wiederfinden.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Vzbgm. Wimmer: Ich muss mich doch noch ein zweites Mal zu Wort melden. Wenn ich in meiner ersten Wortmeldung den Standpunkt der SPÖ-Fraktion meines Erachtens sehr ausführlich darlegte, dann nur deshalb, damit nicht womöglich der Eindruck entstehen könnte, die SPÖ-Fraktion würde einer inhaltlichen Diskussion ausweichen. Andererseits dachte ich ursprünglich, es gehe heute um den Vorwurf der Rechtswidrigkeit und um eine eventuelle Rechtsunwirksamkeit. Wie sich im Laufe der Diskussion allerdings zeigte, ist ja dieser Vorwurf in sich zusammengefallen. Das erkannte selbst die Freiheitliche Fraktion, indem sie einen Abänderungsantrag einbrachte, der sich nur mehr auf die Offenlegung des Vergabeverfahrens bezieht.

Ich weise mit aller Deutlichkeit zurück, dass die SPÖ-Fraktion mit Hilfe dieser Studie die Absicht hätte, irgendetwas schönzureden, etwas zu beschönigen oder gar die Absicht, sich eine ganz bestimmte Studie zu bestellen. Das ist absolut nicht der Fall, denn dazu haben wir ja gar keinen Grund. Wenn wir als SPÖ-Fraktion die Probleme, die es zweifellos in unserer Stadt gibt, nicht erkannt hätten, dann hätten wir das Thema der Integration gar nicht so massiv aufgegriffen und wir hätten nicht diesem Antrag an den Gemeinderat mit allen notwendigen Maßnahmen, dem Leitbild, dem Lenkungsausschuss und der Studie, zu einer mehrheitlichen Beschlussfassung verholfen.

Dass die Auftragsvergabe an einen Verein in Wien erfolgte, das spielt für mich überhaupt keine Rolle. Für mich ist letztendlich die Qualität der Arbeit ausschlaggebend und ich muss sagen, dass ich diesen Verein bis zu seiner Aktualisierung für Wels nicht kannte. Ich habe allerdings zur Kenntnis genommen – der Bürgermeister hat es schon ausgeführt – dass dieser Verein nicht nur für die SPÖ Wels arbeitet, wie sie unterstellen, sondern auch für das Land Oberösterreich, für andere Städte und sogar für ein Ministerium unter der schwarz-blauen Bundesregierung wurde gearbeitet. Hier der SPÖ Gefälligkeiten zu unterstellen, nur, wie jemand meinte, weil es hier personelle Verflechtungen gebe, das ist zurückzuweisen. Mein Gott, solche Verflechtungen gibt es in vielen Bereichen und für mich selbst kann ich nur sagen, dass ich ebenfalls in vielen Bereichen tätig bin. Ich habe sogar bei der UNION Sport betrieben und ich weiß nicht, was mir damit zusammenhängend noch im nachhinein unterstellt werden könnte, was ich sabotiert oder angestellt hätte. Abgesehen davon habe ich auch in anderen Bereichen sehr wirksam und, wie ich meine, sehr erfolgreich mitgearbeitet, und zwar nicht nur in irgendeiner Vorfeldorganisation der SPÖ.

Im Übrigen schämen wir uns nicht für unsere Vorfeldorganisationen. Wir bekennen uns zu den Kinderfreunden, weil diese eine sehr gute Arbeit machen.

Der Kollege Strassl hat erwähnt, welche Studien bislang von diesem Institut erarbeitet wurden. Er nannte eine Studie bezüglich Alkoholmissbrauch von Kindern und ich darf sagen, dass ich diese Studie gelesen habe. Es ist so, dass ich erschüttert darüber war, was in diesem Lande alles möglich ist. Da erkennt man tatsächlich, wo die Problem-

lagen gegeben sind. Hingegen wird im Welser Gemeinderat oft sehr kleinkariert diskutiert, wobei es nur darum geht, aus schwierigen Situationen, aus Problemen der Mitmenschen bzw. Mitbürger politisches Kleingeld zu schlagen. Die ÖVP und die FPÖ versuchen das gerade in Bezug auf das Thema Integration, wobei ich allerdings meine, dass sich die Erfolglosigkeit noch herausstellen wird.

Also, noch einmal, damit es auch der Kollege Matzinger versteht. Wir hatten nicht vor, eine Auftragsstudie mit einem für uns genehmen Ergebnis zu vergeben. Vielmehr möchten wir ein objektives Bild erhalten und wir möchten Empfehlungen für den Umgang mit gewissen Dingen haben. Gleichzeitig arbeiten wir aber auch mit den aufgezählten Städten sowie mit dem Land zusammen. Wäre es nicht so, hätte höchstwahrscheinlich der Bürgermeister nicht die von Pühringer und Ackerl unterschriebene Landesstudie vor sich liegen. Es ist schon sehr interessant, dass Pühringer und Ackerl gemeinsam mit ihrer Unterschrift dokumentierten, dass das die Meinung des Landes Oberösterreich sei, während auf der anderen Seite – ich gehe allerdings davon aus, dass kein Mitglied der ÖVP-Fraktion sich der Mühe unterzogen hat, dieses Landesleitbild zu lesen, denn wer das getan hat .....

Zwischenruf StR. Strassl: Das ist falsch!

Zwischenruf Vzbgm. Dr. Ploier-Niederschick: Natürlich haben wir es gelesen!

Vzbgm. Wimmer: Wer des Lesens fähig ist, muss erkannt haben, dass dieses Leitbild des Landes Oberösterreich in vielen Bereichen weit über unsere Vorstellungen, die wir im Gemeinderat festlegten, hinausgeht.

Zwischenruf GR. Ing. Matzinger: Herr Bürgermeister, haben sie gehört, dass der Kollege Wimmer den Gemeinderat beleidigte, indem er sagte, es seien hier nicht alle des Lesens kundig.

Vzbgm. Wimmer: Das habe ich nicht gesagt! Du hast nicht aufgepasst! Ich sagte, „wer des Lesens fähig ist“, und ich gehe natürlich davon aus, dass selbstverständlich alle Mitglieder des Gemeinderates des Lesens kundig sind, aber fallweise finden es halt manche sehr unlustig, sich mit der Wahrheit auseinandersetzen zu müssen.

In diesem Sinn möchte ich mit meiner Wortmeldung zum eigentlichen Antrag zurückkehren und mein Ersuchen an die ÖVP-Fraktion wiederholen, die politische Diskussion zu führen, die sicher kontroversiell sein mag, die aber zumindest von uns vom Gedanken des gegenseitigen Respekts für andere Meinungen getragen ist, während man auf der anderen Seite die rechtliche Situation dort belassen sollte, wo sie hingehört. Wenn es Mitbewerber gibt, die Klage beim Vergabesenat erheben, dann werden sich die zuständigen Gerichte und Organe damit beschäftigen müssen. Ich lehne es allerdings ab, bei Vergaben durch Stadtsenatsmitglieder in dieser Breite zu diskutieren, denn da müssten wir womöglich über tausende Vergaben jährlich durch die Mitglieder des Stadtsenates diskutieren. Da sind ja auch nicht alle Fraktionen eingebunden bzw. müssten wir ja dauernd über alles Mögliche diskutieren. Es gibt eben sehr viele Vergaben, die in der politischen Verantwortung der einzelnen Mitglieder des Stadtsenates liegen. Diese Verantwortung trage ich genauso wie beispielsweise der Kollege Ploier und natürlich auch der Bürgermeister. Ich weiß jetzt also nicht, warum wir im nachhinein diese eine Vergabe untersuchen lassen sollten. Die Sachlage ist doch wirklich ganz klar und ich bitte sie darum, diese so zur Kenntnis zu nehmen, wie ich das eben geschildert habe.

Sie haben ja auch die Möglichkeit der Aufsichtsbeschwerde an das Land Oberösterreich; das ist ein legitimer Weg. Jedenfalls ist der Gemeinderat nicht dafür zuständig – das ist der einzige Punkt, wo ich dem Kollegen Rabl Recht gebe – festzustellen, ob Verträge wirksam oder unwirksam sind.

StR. Dr. Wieser verlässt die Sitzung um 17.06 Uhr.

GR. Mag. Hora: Ich bin eigentlich immer für meine sachliche Orientierung bekannt und muss sagen, dass ich jetzt wirklich erschüttert bin. Ich kann ihnen an dieser Stelle sagen, dass ich auch Mitglied des Vorstandes der ÖVP bin und nachdem selbstverständlich bei uns die Meinung im Vorstand akkordiert wird, ist es völlig unerheblich, ob einmal die Person und einmal jene Person kommt. Es wird immer unser Vertreter die einstimmig akkordierte Meinung zum Ausdruck bringen.

Zum Zweiten glaube ich, dass es gerade dieses Thema wert wäre, nicht die Glaubwürdigkeit einer Studie durch diese Art von Auftragsvergabe schon im Vorfeld zu untergraben. Wenn der Herr Vizebürgermeister sagte, dass er nicht einmal gewusst habe, wer der Auftragnehmer ist, dann muss ich schon sagen, dass man sich angesichts eines solchen Volumens doch normalerweise anschaut, wer das eigentlich ist. Wir haben in Oberösterreich so viele gute Institute mit einem Renommee, das sozusagen seitenlang ist. Die Referenzliste jenes Institutes, das hier beauftragt wurde, ist entweder nicht vollständig oder – jedenfalls steht nichts oben auf der Homepage – es wurde noch nie im Bereich der Integration gearbeitet. Eine Studie über den Alkoholismus ist zwar „nett“, hat aber wenig mit Integration zu tun.

Der dritte Punkt ist jener, warum eigentlich die Fragen, die in dieser Studie behandelt werden, niemandem zur Verfügung gestellt werden? Wenn wir ein gemeinsames Ziel haben, stellt sich die Frage, warum wir diesbezüglich nichts wissen dürfen. Wir wissen doch alle, dass man schon im Vorfeld durch die Formulierung von Fragen beeinflussen kann, in welche Richtung letztlich eine Studie geht. Der Auftraggeber und der Fragesteller beeinflusst natürlich das Ergebnis einer Studie und daher wäre es sinnvoll, wenn man schon einen Lenkungsausschuss hat, diese Fragestellungen auf die Zielgruppe – wen fragt man und wann fragt man – abzustimmen und die Daten, die wir alle für unsere Entscheidungen brauchen, völlig wertfrei auf eine richtige Basis zu stellen und nicht bereits im Vorfeld aufgrund der Vergabepraktiken die Glaubwürdigkeit dieser Studie zu erschüttern, obwohl noch gar kein Ergebnis vorliegt. Ich glaube, dass man damit der Sache einen Bärendienst erwiesen hat.

GR. Mag. Holter: Ich danke für die engagierte Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt. Ich will ihn nicht künstlich verlängern, darf aber in meinem Schlusswort doch noch auf ein paar Dinge eingehen.

Erstens: Der Antrag bleibt selbstverständlich in vollem Umfang aufrecht. Es kann nicht Schule machen, dass ein kritisiertes Projekt oder eine Auftragsvergabe durch Verschweigung monatelang von den anderen ferngehalten wird, und das Ganze auch noch in der Weise, dass sich nicht der geringste Verdacht erheben dürfe. So etwas kann einfach nicht Schule machen, in diesem Fall wurde es aber genau so praktiziert. Auch nicht den GRÜNEN, sozusagen als Bündnispartnern, wurde irgendetwas gesagt, geschweige denn einer anderen Fraktion. Und auch nach dem Zeitpunkt der Erstkritik gab es keine Nachbesserung; nicht eine Urkunde, nicht einen einzigen Zettel gab es zur Einsicht. Es wurden heute andere Zahlen genannt als damals. Also, bei aller Liebe,

meine Damen und Herren, das ist zumindest unglaubwürdig und rechtfertigt damit schon aus diesem Grund das Stellen eines Antrages. Eine Desinformation kann nie im Leben zur Rechtssicherheit führen; sie bewirkt genau das Gegenteil.

Manche Debattenbeiträge waren durchaus spannend und ich gestehe zu, dass man im rechtlichen Teil durchaus unterschiedlicher Auffassung sein kann. Aber hier herinnen zu erklären, man hätte keine Ahnung gehabt, wer denn dieses Institut sei, das ist irgendwo der Gipfel. Bei einem Maskenball wäre mit einer solchen Erklärung die Demaskierung auch schon vorbei, und zwar mit einem Schlag. Es ist wirklich der Gipfel, hier herinnen derartige Dinge ernsthaft erklären zu wollen. Hier handelt es sich doch um ein Institut mit engsten Verwebungen. Das ist wie beim Stricken, nämlich engmaschigst. So eng sind also die Verwebungen zwischen diesem Institut und der Sozialdemokratischen Partei, dass eigentlich nicht einmal mehr ein Lufthauch durchgeht.

Man kann es natürlich auch unter dem Aspekt sehen, dass eine Mehrheit nun einmal eine Mehrheit ist. Demokratisch ist das nicht illegitim, aber dann würde ich mir zumindest erwarten, dass wir im Lenkungsausschuss nicht falsch informiert werden. Da dürfte uns auf Anfragen hin nicht einfach gesagt werden, dass alles an diesem Institut unabhängig ist. Natürlich, sie haben hier die Mehrheit – sie haben das heute mehrmals betont – und es wird auch schon über künftige Wahlerfolge von Links, Rechts oder von irgendwem diskutiert. Wie ich schon sagte, ist es legitim, die Mehrheit entsprechend einzusetzen, aber andererseits ist es schon noch das Recht jeder Oppositionspartei, auf ihre Anfrage eine richtige Antwort zu bekommen.

Unabhängig von dieser Auftragsvergabe bin ich schon etwas bestürzt darüber, welche Maske heute der Bürgermeister fallen ließ. Anstatt auch nur irgendetwas zur Aufklärung beizutragen, nämlich in Zusammenhang mit dieser Auftragserteilung, versuchte er – dabei ist er sehr tief ins Tal hinuntergestiegen – die anderen Fraktionen, insbesondere die ÖVP madig zu machen, indem er falsche Zitate aus Gesprächen brachte und dergleichen. Herr Bürgermeister! Wenn in dieser Weise vorgegangen wird, kann es eine Zusammenarbeit, wie sie entsprechend ihren Aussagen auch von ihrer Seite gewünscht wird, nicht geben. Hier herinnen aus persönlichen Gesprächen Zitate zu bringen, noch dazu falsche, das ist eine Art der Vorgangsweise, die ich ihnen nicht zugetraut habe.

Sie sagten, es gehe ihnen um eine gemeinsame Linie. Diese wird ihrerseits beschworen und man tut so, als gäbe es die Guten – darunter sind alle von der SPÖ gemeint und wenn er Glück hat, wird der Kollege Anreitter auch noch dazugezählt – und die Schlechten, wozu man wahrscheinlich aufgrund des heutigen Antrages insbesondere die Mitglieder der ÖVP zählt und wahrscheinlich auch noch die Freiheitlichen. Und so ist insofern klar – kein Mensch dürfte auf eine andere Idee kommen – dass die SPÖ, die es ja so gut mit allen meint und nur das Richtige tut, völlig unabhängig überprüfen lassen möchte, ob sie bislang eh richtig lag; und niemand habe sich mit der Vergabe eines solchen Auftrages an ein SPÖ-Institut auch nur irgendetwas gedacht. Es ist also damit verbunden eine Unterstellung, wenn jemand meint, die SPÖ würde sich ein Ergebnis wünschen, das in ihre Richtung geht.

Vom Leitbild des Landes war ebenfalls die Rede. Herr Bürgermeister, diejenigen, denen sie Diskussionsverweigerung vorwerfen, waren bei der Erstellung des Landes-Integrationsleitbildes in Arbeitskreisen beteiligt. Da gab es viele Unter-Arbeitskreise und dort waren beispielsweise der Kollege Strassl und ich tätig; und wir haben uns durchaus dort eingebracht.

Herr Bürgermeister, sie brauchen also gar nicht so süffisant zu lächeln oder es braucht der Herrmann Wimmer nicht immer den Landeshauptmann zu zitieren – es wird uns immer vorgehalten, dass dieser ein Integrationsleitbild für das ganze Land unterschrieben habe – vielmehr sollten sie, Herr Bürgermeister, schon einmal begreifen, dass sich das Integrationsproblem in Pabneukirchen, in Anreit und in Ebensee etwas anders darstellt wie in der Stadt Wels mit dem größten Ausländeranteil von allen oberösterreichischen Gemeinden; dieser Anteil ist in Wels sogar mit Abstand am größten. Und dass uns eine Landesstudie mit grundsätzlichen Dingen oder Fragen in Wels wenig weiterhilft – da geht es um die Herkunft, um die Staatsbürgerschaft etc. – das müsste uns doch allen klar sein. Also, diese Ausrede mit dem Landeshauptmann – dieser habe etwas unterschrieben – zieht da wirklich nicht. Es gilt zwar, was er unterschrieben hat, nämlich für das Land insgesamt, aber man muss doch die Dinge schon etwas auf jene Ebene herunterbrechen, auf welcher sie tatsächlich abzuhandeln sind. Und was diese Ebene betrifft, kann ich nur Folgendes sagen. Wenn die SPÖ Wels weiter glaubt, bei diesem Thema die Augen verschließen zu können, dann wird es – ich rede jetzt nicht von Wahlergebnissen – im Endeffekt am Problem nichts ändern, sondern es wird dieses noch verschärft.

Unser Vorschlag: Zurückziehung der Integrationsstudie und Erarbeitung einer Fragenliste durch alle Fraktionen. Warum? Die Integration ist nicht Thema einer Partei. Das kann es schon deshalb nicht sein, weil die Integration eines Zusammenschlusses der Kräfte bedarf, und zwar in einem vernünftigen Maß. Es ist in diesem Zusammenhang auch nicht so, dass alles, was von der SPÖ kommt und durch ihre Institute auch noch bestätigt wird, richtig ist und alle anderen als integrationskritisch und integrationsunwillig eingestuft werden, also nur deshalb, weil man den Kurs der SPÖ in dieser Frage nicht bedingungslos mitgeht. Der Sinn einer Studie wäre es vielmehr gewesen, die eine oder andere Partei von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit ihrer bisherigen Annahmen zu überzeugen. Es hätte doch bei einer objektiven Studie herauskommen können, dass beispielsweise das Problem A die SPÖ richtig sieht, das Problem B wir und vielleicht ein drittes Problem die Freiheitlichen. Es hätte wahrscheinlich eine Auflistung der Probleme gegeben, die dann objektiv aufzuarbeiten gewesen wären. Mit einer Auftragsstudie werden sie aber dieses Ziel nie erreichen. Sie von der SPÖ werden das hineingeschrieben bekommen, was sie hören wollen. Es wird wie mit manchen Geburtstagsbillets sein: Wenn sie es aufmachen, spielt es auch noch eine Melodie. Der Stadt wird dies aber im Endeffekt nichts helfen.

Jetzt ersuche ich aber um Abstimmung und merke noch Folgendes an. Nachdem von der SPÖ zu hören war, dass sie unserem Antrag nicht zustimmen wird – diese Erklärungen haben mich nicht sonderlich verwundert – werden wir, weil uns eigentlich jede Lösung recht ist, die vernünftig erscheint und zu einer Neuvergabe dieses Auftrages führt, natürlich unserem eigenen Hauptantrag zustimmen, darüber hinaus aber auch, obwohl etwas milder formuliert, dem Abänderungsantrag der FPÖ, denn dieser könnte ebenfalls zu einem Ergebnis führen.

Die Abstimmungen zu Punkt 11. der Tagesordnung bringen folgende Ergebnisse:

Der Abänderungsantrag (Anlage 13) der FPÖ-Fraktion wird bei

gegen 14 Ja-Stimmen (ÖVP-, FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
21 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)

abgelehnt.

Der Hauptantrag (Anlage 12) der ÖVP-Fraktion wird bei

13 Ja-Stimmen (ÖVP- und FPÖ-Fraktion sowie  
GR. Landauer)  
1 Stimmenthaltung (GR. Anreitter)  
und 21 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

In weiterer Folge übergibt der Bürgermeister den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer zwecks Abhaltung der Bürgerfragestunde.

Nach Durchführung der Bürgerfragestunde in der Zeit von 17.20 bis 17.26 Uhr führt der Bürgermeister noch Folgendes aus:

Es ist jetzt die Tagesordnung für die heutige Gemeinderatssitzung erfüllt und ich darf ihnen allen noch einen guten, erholsamen Urlaub wünschen. Ich hoffe, dass wir uns alle im September wieder gut erholt bei unserer Arbeit einfinden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: